
Jahresabschluss und Lagebericht 2022

Investitionsbank Berlin

Inhalt

Jahresabschluss.....	3
Bilanz zum 31. Dezember 2022	4
Gewinn- und Verlustrechnung.....	5
Eigenkapitalspiegel	6
Kapitalflussrechnung	7
Anhang	8
Allgemeine Angaben.....	8
Erläuterung zu den einzelnen Posten der Bilanz	12
Erläuterung zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	17
Außenbilanzielle Transaktionen	19
Sonstige Angaben	20
Bilanzzeit	24
Lagebericht	25
Grundlagen der Bank.....	26
Wirtschaftsbericht.....	29
Prognose-, Chancen- und Risikobericht.....	37
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	53
Entsprechenserklärung	61
Organigramm	62
Bericht des Verwaltungsrats	67
FitchRatings	69

Jahresabschluss

Geschäftsjahr 2022

Bilanz zum 31. Dezember 2022**Aktiva**

in Tsd. Euro	Anhang	31.12.2022		31.12.2021
1. Barreserve	(4)		10.485	698.419
a) Guthaben bei Zentralnotenbanken		10.485		698.419
darunter: bei der Deutschen Bundesbank: 10.485 Tsd. Euro				(698.419)
2. Forderungen an Kreditinstitute	(5)		2.050.101	1.531.454
a) täglich fällig		502.300		247.299
b) andere Forderungen		1.547.801		1.284.155
3. Forderungen an Kunden	(6)		12.764.050	13.037.004
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 5.426.709 Tsd. Euro				(5.571.424)
Kommunalkredite 4.758.995 Tsd. Euro				(4.728.320)
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(7), (9)		4.968.947	4.833.050
a) Geldmarktpapiere		187.714		110.049
aa) von öffentlichen Emittenten		0		10.007
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 0 Tsd. Euro				(10.007)
ab) von anderen Emittenten		187.714		100.042
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 89.054 Tsd. Euro				(100.042)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		4.775.221		4.720.496
ba) von öffentlichen Emittenten		689.923		774.058
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 689.923 Tsd. Euro				(774.058)
bb) von anderen Emittenten		4.085.298		3.946.438
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank 3.636.337 Tsd. Euro				(3.509.835)
c) eigene Schuldverschreibungen		6.012		2.505
Nennbetrag 6.000 Tsd. Euro				(2.500)
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0	372
6. Treuhandvermögen	(8)		800.681	598.470
darunter: Treuhandkredite 800.681 Tsd. Euro				(598.470)
7. Immaterielle Anlagewerte	(9)		2.248	1.400
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.248		1.400
8. Sachanlagen	(9)		22.136	22.205
9. Sonstige Vermögensgegenstände	(10)		31.295	19.962
10. Rechnungsabgrenzungsposten	(11)		76.000	49.246
Summe Aktiva			20.725.942	20.791.582

Passiva

in Tsd. Euro	Anhang	31.12.2022		31.12.2021
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(12)		5.058.590	6.233.294
a) täglich fällig		463.143		97.806
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.595.447		6.135.488
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(13)		3.384.250	3.580.146
a) andere Verbindlichkeiten		3.384.250		3.580.146
aa) täglich fällig		529.926		489.939
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.854.324		3.090.207
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(14)		9.770.864	8.697.670
a) begebene Schuldverschreibungen		9.770.864		8.697.670
4. Treuhandverbindlichkeiten	(15)		800.681	598.470
darunter: Treuhandkredite 800.681 Tsd. Euro				598.470
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(18)		10.954	7.628
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(19)		84.449	101.833
7. Rückstellungen	(20)		234.790	214.191
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		204.178		185.773
b) andere Rückstellungen		30.612		28.418
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken			244.556	249.795
9. Eigenkapital	(21)		1.136.808	1.108.555
a) Gezeichnetes Kapital		300.000		300.000
b) Gewinnrücklagen		798.230		501.380
ba) andere Gewinnrücklagen		798.230		501.380
c) Bilanzgewinn		38.578		307.175
Summe Passiva			20.725.942	20.791.582

Posten unter dem Bilanzstrich

in Tsd. Euro	Anhang	31.12.2022		31.12.2021
1. Eventualverbindlichkeiten			138.018	174.320
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	(27)	138.018		174.320
2. Andere Verpflichtungen			997.348	694.913
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen	(27)	997.348		694.913

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

in Tsd. Euro	Anhang	2022		2021
1. Zinserträge aus	(22)		203.713	197.173
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		182.748		182.412
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		20.965		14.761
2. Zinsaufwendungen	(22)		85.989	98.614
3. Provisionserträge	(23)		19.015	12.678
4. Provisionsaufwendungen	(23)		1.646	996
5. Sonstige betriebliche Erträge	(24)		59.385	324.321
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			129.243	104.576
a) Personalaufwand		75.276		59.940
aa) Löhne und Gehälter		49.703		47.992
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		25.573		11.948
darunter: für Altersversorgung 16.054 Tsd. Euro				(3.144)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		53.968		44.636
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.448	1.893
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(24)		4.773	3.864
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			19.334	17.112
darunter: Auflösung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 20.239 Tsd. Euro				(18.548)
darunter: Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 15.000 Tsd. Euro				(15.000)
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			15	191
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			38.695	307.308
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			69	85
13. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 8 ausgewiesen			48	48
14. Jahresüberschuss			38.578	307.175
15. Bilanzgewinn			38.578	307.175

Eigenkapitalspiegel

in. Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Andere Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn	Gesamtes Eigenkapital
Stand zum 31. Dezember 2020	300,0	490,7	11,8	802,5
Jahresüberschuss	-	-	307,2	307,2
Gewinnausschüttungen an Anteilseigner	-	-	-1,1	-1,1
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-	10,7	-10,7	-
Stand zum 31. Dezember 2021	300,0	501,4	307,2	1.108,6
Jahresüberschuss	-	-	38,6	38,6
Gewinnausschüttungen an Anteilseigner	-	-	-10,3	-10,3
Einstellung in die Gewinnrücklagen	-	296,9	-296,9	-
Stand zum 31. Dezember 2022	300,0	798,3	38,6	1.136,9

Kapitalflussrechnung

in Mio. Euro	2022
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	38,6
<u>Im Jahresüberschuss/-fehlbetrag enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit</u>	
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Finanzanlagen, Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	24,3
Veränderungen der Rückstellungen	13,7
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen und Finanzanlagen	0,0
Zinsüberschuss	-117,7
Saldo sonstiger Anpassungen	-5,2
Zwischensumme	-46,3
<u>Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile</u>	
Forderungen an Kreditinstitute	-511,7
Forderungen an Kunden	255,6
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-8,7
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	-180,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.162,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-196,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.082,4
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	156,6
Gezahlte Zinsen	-119,3
Erhaltene Zinsen und Dividenden	198,4
Ertragsteuerzahlungen (bzw. -erstattungen)	-0,1
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-532,3
Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzanlagen	545,7
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte	0,0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-687,8
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte	-3,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-145,3
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-10,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-10,3
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	698,4
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-532,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-145,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-10,3
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	10,5

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Die Kapitalflussrechnung wurde nach der indirekten Methode aufgestellt und zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Die Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage einer Bank nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen im Risikobericht innerhalb des Lageberichts zur Liquiditätssteuerung der Bank verwiesen.

Anhang

(1) Allgemeine Angaben

Die Investitionsbank Berlin AöR (IBB) ist ein kapitalmarktorientiertes, nicht börsennotiertes Kreditinstitut.

Die IBB hat ihren Sitz in Berlin und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg (Berlin) unter der Nummer HRA 35566 B eingetragen.

Trägerin der IBB ist die IBB Unternehmensverwaltung AöR (IBB UV), in deren Konzernabschluss die IBB einbezogen wird (kleinster und größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 und 14a HGB). Der Konzernabschluss der IBB UV wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die IBB UV trägt auch die **Anstaltslast**, die die öffentlich-rechtliche Verpflichtung gegenüber der IBB enthält, ihre wirtschaftliche Basis jederzeit zu sichern und sie für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz - IBBG) vom 7. Juni 2021 haftet das Land Berlin für die von der IBB aufgenommenen Darlehen, Schuldverschreibungen, Termingeschäfte, Optionen und Swaps sowie andere Kredite an die IBB.

(2) Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde nach handelsrechtlichen Vorschriften sowie unter Einhaltung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern der RechKredV. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Formblatt 3 (Staffelform) gewählt.

Die IBB schließt Geschäfte ausschließlich in Euro ab.

Alle Beträge werden, sofern nicht anders gekennzeichnet, in Millionen Euro (Mio. Euro), gerundet auf eine Nachkommastelle, angegeben. Aufgrund von Rundungen können bei den dargestellten Werten geringfügige Abweichungen bei der Addition auftreten.

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeines

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen der §§ 340 ff. HGB.

Für die Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich zum **Nominalbetrag** angesetzt.

Die **Finanzanlagen der Liquiditätsreserve** werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei **Finanzanlagen des Anlagevermögens** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer, **geringwertige Wirtschaftsgüter** sofort abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer wird im Rahmen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in Anlehnung an die von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen je Anlage festgelegt. Die Abschreibung von **Geschäfts- oder Firmenwerten** erfolgt linear auf der Grundlage einer Nutzungsdauer von zehn Jahren.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Agio- oder Disagioträge von Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zinsproportional entsprechend der Zinsbindungsfrist amortisiert.

Negative Zinsen aus Forderungen bzw. aus Verbindlichkeiten werden ertragsmindernd bzw. aufwandsmindernd im Zinsertrag bzw. Zinsaufwand berücksichtigt.

Risiken im Kreditgeschäft

Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Darüber hinaus werden Wertberichtigungen für minderverzinsliche Forderungen aufgrund von Margenverzichten im Zusammenhang mit dem Fördergeschäft gebildet.

Für erkennbare Adressrisiken werden bei Forderungen grundsätzlich Einzelwertberichtigungen gebildet. Für gleichartige Forderungsbestände aus dem Massengeschäft werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Zunächst wird geprüft, ob objektive Hinweise vorliegen, die auf eine Wertminderung schließen lassen. Im zweiten Schritt wird untersucht, ob die Forderung tatsächlich im Wert gemindert ist. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt.

Bei der Ermittlung von Pauschalwertberichtigungen für latente Ausfallrisiken gab es im Vergleich zum Vorjahr eine Änderung der Bewertungsmethode.

Bis zum 31. Dezember 2021 wurden die Pauschalwertberichtigungen für latente Risiken im Forderungsbestand in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit (Through-the-Cycle Sichtweise mit einem Zeithorizont von 12 Monaten), einer Ausfallrate und eines Faktors für die Zeitspanne zwischen dem Erkennen des drohenden Ausfalls und dem Eintritt des Ausfallereignisses gebildet.

Seit dem 1. Januar 2022 gelten hinsichtlich der Pauschalwertermittlung die Vorgaben des IDW RS BFA 7. Als übergeordneter Grundsatz ist dabei die Schätzung des erwarteten Verlusts über die Restlaufzeit (Lifetime Expected Loss-Modell) festgeschrieben. Der Ermittlung der erwarteten Verluste sind beobachtete Kreditausfälle der Vergangenheit zugrunde zu legen. Dabei ist zur Schätzung der Bewertungsparameter auf einen ausreichend langen Beobachtungszeitraum

zurückzugreifen, der auch bei zyklischem Geschäft eine ausreichende Prognosegüte gewährleistet. Darüber hinaus sind aktuelle Informationen und Erwartungen zur Risikosituation zu berücksichtigen (Point-in-Time Sichtweise). In den Anwendungsbereich fallen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden entsprechend RechKredV Formblatt 1 Aktivposten Nr. 3 bzw. Nr. 4. Zudem sind Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen einschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen in diese Risikovorsorge einzubeziehen.

Zur Umsetzung der Anforderungen des IDW RS BFA 7 wird bei der IBB das Verfahren entsprechend der Regelungen des IFRS 9 verwendet. Demnach erfolgt die Berechnung der Pauschalwertberichtigung in Höhe des Lifetime Expected Loss (L-EL), sofern eine signifikante Erhöhung des Kreditausfallrisikos vorliegt. Liegt hingegen keine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos vor, werden Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten angesetzt (12-Monats-EL). Die Berechnung der erwarteten Kreditverluste erfolgt anhand parameterbasierter Modelle (Ausfallwahrscheinlichkeit – PD, Verlusthöhe zum Ausfallzeitpunkt – LGD und Forderungsbetrag bei Ausfall – EAD). Die Modelle werden regelmäßig bzw. anlassbezogen einer Validierung unterzogen. Im Rahmen der Validierung wird auch die Notwendigkeit zur Bildung eines Management Adjustments überprüft. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen erfolgte die letzte Validierung im November 2022. Die Modelparameter wurden entsprechend angepasst. Ein zusätzliches Management Adjustment ist nicht erforderlich.

Bewertungseinheiten

Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in Form von Mikro-Hedges-Beziehungen gebildet. Bei den Grundgeschäften handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsbestandes, die in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen werden. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Plain Vanilla Zinsswaps verwendet. In allen Fällen steht bei identischen Nominalbeträgen bis zur Endfälligkeit der jeweiligen Grund- und Sicherungsgeschäfte dem Festzins des jeweiligen Grundgeschäftes ein Festzins des zugehörigen Sicherungsgeschäftes gegenüber.

Da bei sämtlichen Bewertungseinheiten alle wesentlichen wertbestimmenden Faktoren grundsätzlich übereinstimmen, erfolgt die Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Zur Bilanzierung des wirksamen Teils der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode angewendet. Zur Ermittlung des nicht abgesicherten Risikos wird die vollständige Zeitwertänderung des Grundgeschäfts der vollständigen Zeitwertänderung des Sicherungsinstruments gegenübergestellt. Der negative Nettowert wird imparitatisch bei der Bewertung des Grundgeschäfts berücksichtigt. Ein positiver Nettowert bleibt unberücksichtigt.

Bei Grundgeschäften, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden außerplanmäßige Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung aufgrund von Veränderungen der nicht abgesicherten Risiken vorgenommen.

Darüber hinaus werden alle Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente von Bewertungseinheiten in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches unter Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 3 einbezogen.

Die Stellungnahme IDW RS BFA 3 n.F. wurde im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung zum 31. Dezember 2022 in vollem Umfang beachtet. Zur Ermittlung einer eventuell erforderlichen

Drohverlustrückstellung wird die barwertige Betrachtungsweise angewendet. Als Berechnungsgrundlage dient die wertorientierte Risikotragfähigkeit des Bankbuchs. Der Buchwert wird vom Nettovermögen abgezogen, die Risiko- und Verwaltungskosten sowie die institutsspezifischen Refinanzierungskosten für fiktive Schließungsgeschäfte werden im erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt saldiert je Vertrag unter den Positionen Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Erträge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Ein- und ausgehende Close-out-Zahlungen werden mit Fälligkeit in voller Höhe ergebniswirksam vereinnahmt.

Bezahlte beziehungsweise erhaltene Optionsprämien aus Swapoptionen werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Bei Verfall der Option wird die Prämie in einem Betrag ergebniswirksam ausgebucht. Im Fall der Ausübung ist die Optionsprämie als Upfront des Swaps zu berücksichtigen.

Rückstellungen

Die Berechnung der Rückstellungen für **Pensionsverpflichtungen** erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method) unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck. Dabei wurden ein Gehaltstrend/BBG-Trend in Höhe von 3,5 % (Vorjahr 2,5%) und ein Rententrend in Höhe von 2,25 % (Vorjahr 1,75%) bzw. 1,0 % bei VBL-Zusagen berücksichtigt. Der für die Bewertung verwendete Rechnungszins beträgt 1,78 % (Vorjahr 1,87%). Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss erfasst. Erfolgswirkungen aus der Änderung sonstiger Bewertungsannahmen sind im Dienstzeitaufwand berücksichtigt. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die **übrigen Rückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst. Erfolgswirkungen aus der Änderung des Rechnungszinses werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Der Zinsanteil an dem Zuführungsbetrag zu den sonstigen Rückstellungen wird in den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz

(4) Barreserve

Das Volumen der Barreserve ist deutlich gefallen. Hintergrund ist, dass die Anlage der liquiden Mittel, die über das Mindestreservesoll hinausgehen, nicht mehr direkt auf dem Bundesbankkonto, sondern in Form der täglich abgerechneten Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank erfolgt. Die betreffenden Geschäfte werden unter den täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

(5) Forderungen an Kreditinstitute

Forderungen an Kreditinstitute (andere Forderungen)

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
bis drei Monate	493,7	315,1
mehr als drei Monate bis ein Jahr	880,1	634,4
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	129,9	266,8
mehr als fünf Jahre	44,1	67,8
	1.547,8	1.284,2

(6) Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
bis drei Monate	205,9	189,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	774,4	776,8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.001,4	3.485,3
mehr als fünf Jahre	8.782,4	8.585,2
	12.764,0	13.037,0

Der Posten Forderungen an Kunden enthält nachrangige Forderungen in Höhe von 32,7 Mio. Euro (Vorjahr 38,9 Mio. Euro).

In den Forderungen gegenüber Kunden sind zudem folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen sind:

Verbundene Unternehmen

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Forderungen an Kunden	340,6	297,7

(7) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
im Folgejahr fällig	1.346,0	1.027,6

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden Wertpapiere mit einem Buchwert von 3.897,0 Mio. Euro (Vorjahr 3.680,4 Mio. EUR) ausgewiesen, die Bestandteil einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind. Das mit Bewertungseinheiten abgesicherte Zinsänderungsrisiko beträgt 342,7 Mio. Euro (Vorjahr 2,1 Mio. EUR). Dies entspricht der saldierten kumulativen Wertänderung aus dem abgesicherten Risiko der Grundgeschäfte seit Designation der Bewertungseinheit.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 3.089,3 Mio. Euro (Vorjahr 1.197,8 Mio. EUR) und Marktwerten in Höhe von 2.805,9 Mio. Euro

(Vorjahr 1.184,7 Mio. EUR) bestehen stille Lasten in Höhe von 283,4 Mio. Euro (Vorjahr 13,1 Mio. EUR). Hierbei handelt es sich um die Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Die stillen Lasten resultieren im Wesentlichen aus Zinsänderungsrisiken, für die entsprechende Sicherungsgeschäfte bestehen.

Stille Lasten für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes in Bewertungseinheiten, die dem nicht abgesicherten Risiko (überwiegend Bonität des Emittenten) zuzurechnen sind, betragen 8,2 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. EUR). Aufgrund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt keine Buchung des nicht abgesicherten Risikos. Hierbei sind auch stille Lasten im Hinblick auf das nicht abgesicherte Risiko bei Wertpapieren enthalten, die ohne Berücksichtigung der Bewertungseinheit eine stille Reserve ausweisen würden.

Außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB wurden aufgrund voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen nicht vorgenommen.

Börsenfähige Wertpapiere

In dem in der Bilanz stehenden Aktivposten sind im folgenden Umfang börsenfähige Wertpapiere enthalten:

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.955,7	4.824,2
davon börsennotiert	4.768,0	4.724,2
davon nicht börsennotiert	187,7	100,0

Im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) der zuständigen Notenbank für geldpolitische Instrumente als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

An die Deutsche Bundesbank wurden im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente Wertpapiere mit einem Nennbetrag in Höhe von 3.901,9 Mio. Euro (Vorjahr 3.889,7 Mio. Euro) verpfändet und Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag in Höhe von 351,0 Mio. Euro (Vorjahr 665,0 Mio. Euro) abgetreten. Zum Stichtag wurden Refinanzierungsgeschäfte in Höhe von 1.170,0 Mio. Euro (Vorjahr 2.600,0 Mio. Euro) in Anspruch genommen.

Pensionsgeschäfte

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden keine Vermögensgegenstände (Vorjahr 105,7 Mio. EUR) in Pension gegeben.

(8) Treuhandvermögen

Die in dieser Position enthaltenen Beträge in Höhe von 800,7 Mio. Euro (Vorjahr 598,5 Mio. Euro) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Forderungen an Kunden zuzurechnen.

(9) Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand am 01.01.2022	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2022	Stand am 01.01.2022	Zugänge	Zuschrei- bungen	Abgänge	Stand am 31.12.2022
Finanzanlagen	3.025,3	688,2	0,0	546,2	3.167,3	0,0	0,0	0,0	0,0	3.167,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	3.024,9	688,2	0,0	545,8	3.167,3	0,0	0,0	0,0	0,0	3.167,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,4	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Immaterielle Anlagewerte	28,6	1,5	0,0	0,8	29,3	27,2	0,7	0,0	0,8	27,1
Sachanlagen	138,7	1,8	0,0	1,0	139,4	116,5	1,8	0,0	0,9	117,3
Grundstücke und Gebäude	127,9	0,5	0,0	0,0	128,3	108,5	0,4	0,0	0,0	108,9
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10,4	1,3	0,0	0,9	10,8	7,6	1,3	0,0	0,9	8,0
										2,7

Die Grundstücke und Gebäude werden von der IBB überwiegend selbst genutzt.

(10) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Gezahlte Optionsprämien für Swaptions	29,2	18,5
Sonstige	2,1	1,5
	31,3	20,0

(11) Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Posten nach § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB	20,8	35,9
Posten nach § 250 Abs. 3 HGB	51,7	11,4
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	3,5	1,9
	76,0	49,3

(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist**

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
bis drei Monate	221,3	283,2
mehr als drei Monate bis ein Jahr	695,0	295,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.435,7	4.326,4
mehr als fünf Jahre	1.243,4	1.230,7
	4.595,4	6.135,5

(13) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist**

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
bis drei Monate	160,6	375,5
mehr als drei Monate bis ein Jahr	264,8	136,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	634,9	709,3
mehr als fünf Jahre	1.794,0	1.868,9
	2.854,3	3.090,2

Verbundene Unternehmen

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	48,8

(14) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
im Folgejahr fällig	1.671,0	1.875,0

(15) Treuhandverbindlichkeiten

Die in dieser Position enthaltenen Beträge in Höhe von 800,7 Mio. Euro (Vorjahr 598,5 Mio. Euro) sind nach dem Formblatt 1 der RechKredV ausschließlich den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zuzurechnen.

(18) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Asservierte Darlehen nach § 17 des Berlinförderungsgesetzes	4,0	4,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5,1	2,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	1,7	1,1
Übrige sonstige VG	0,1	0,2
	11,0	7,6

(19) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungen enthalten Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB in Höhe von 9,7 Mio. Euro (Vorjahr 13,3 Mio. Euro).

(20) Rückstellungen

Die IBB weist Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 204,2 Mio. Euro (Vorjahr 185,8 Mio. Euro) aus. Die Pensionsrückstellungen sind vollständig dotiert. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Bewertung der Pensionsverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzins aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und den vergangenen sieben Geschäftsjahren (§ 253 Abs. 6 Satz 1 HGB) beträgt zum Bilanzstichtag 13,8 Mio. Euro (Vorjahr 19,5 Mio. Euro).

Die anderen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021
Rückstellungen im Personalbereich	12,7	12,5
Rückstellungen im Fördergeschäft	6,3	6,8
Rückstellungen operationelle Risiken	0,0	2,9
Sonstige Rückstellungen	11,6	6,2
	30,6	28,4

(21) Eigenkapital

Die IBB weist einen Bilanzgewinn in Höhe von 38,6 Mio. Euro (Vorjahr 307,2 Mio. Euro) aus.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt gemäß § 11 Abs. 2 Ziff. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin als rechtfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz - IBBG) die Trägerversammlung.

Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden der Trägerversammlung vorschlagen, von dem Bilanzgewinn 29,0 Mio. Euro in die Gewinnrücklagen einzustellen und 9,6 Mio. Euro an die IBB Unternehmensverwaltung AöR auszuschütten.

Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

(22) Zinsüberschuss

in Mio. Euro	2022	2021
Zinserträge aus:		
Forderungen an Kreditinstitute	6,5	-5,0
<u>darunter:</u> verrechnete Aufwendungen aus negativen Zinserträgen	-6,5	-8,4
Forderungen an Kunden	176,3	187,4
<u>darunter:</u> verrechnete Aufwendungen aus negativen Zinserträgen	0,0	-0,1
Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Wertpapiere	21,0	14,8
	203,7	197,2
Zinsaufwendungen für:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,4	11,2
<u>darunter:</u> verrechnete Erträge aus negativen Zinsaufwendungen	-44,9	-24,1
<u>darunter:</u> anteilige Zinsen aus TLTRO-Geschäften	-15,8	-20,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39,4	37,6
<u>darunter:</u> verrechnete Erträge aus negativen Zinsaufwendungen	-2,7	-5,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,1	-6,8
Derivative Geschäfte	18,2	38,4
Aufzinsung Rückstellungen	6,9	18,2
Sonstiger Zinsaufwand	0,0	0,0
	86,0	98,6
	117,7	98,6

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. Euro	2022	2021
Provisionserträge aus:		
Kreditgeschäft	15,2	9,0
Avale	1,6	1,9
Sonstiges	2,2	1,8
	19,0	12,7
Provisionsaufwendungen für:		
Kreditgeschäft	1,2	0,3
Wertpapiergeschäft	0,4	0,7
	1,6	1,0
	17,4	11,7

(24) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. Euro	2022	2021
Sonstige betriebliche Erträge:		
Vereinbarung Tilgungsanteil (§ 1 Abs. 1 Ergänzungsvereinbarung Grundvertrag)	15,0	284,9
Vereinnahmte Kostenerstattungen vom Land Berlin (Coronahilfen/Mietendeckel)	18,3	19,2
Vereinnahmung von Zuschüssen VC Fonds	14,0	12,0
Aufwandsersstattungen aus EFRE-Fonds	1,6	1,9
Erträge aus Vermietung	1,4	1,3
Verkauf Anteil IBB Business Team an IBB UV	0,0	1,3
Auflösung von Rückstellungen	5,5	1,1
Sonstige ¹	3,6	2,6
	59,4	324,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen:		
Berlin-Beitrag der IBB	2,4	2,4
Zuführung zu Rückstellungen	1,6	1,3
Sonstiges	0,7	0,1
	4,8	3,9
	54,6	320,5

¹ davon Rückzahlungen von nicht verausgabten Mitteln des Berlin-Beitrages im Geschäftsjahr 2022 für das Jahr 2021: 271,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 226,9 Tsd. Euro für das Jahr 2020).

(25) Geographische Märkte

Auf eine geographische Aufgliederung der Gesamtbeträge der Ertragsposten nach § 34 Abs. 2 Nr. 1 RechKredV wurde verzichtet, da die IBB keine Auslandsfilialen unterhält.

(26) Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr

Das im Aufwand erfasste Gesamthonorar entfällt auf folgende Leistungen:

in Tsd. Euro	2022
Jahresabschlussprüfung	172,3
Sonstige Leistungen	58,5
	230,8

Außerbilanzielle Transaktionen

(27) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften in Höhe von 138,0 Mio. Euro (Vorjahr 174,3 Mio. Euro) und unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 997,3 Mio. Euro (Vorjahr 694,9 Mio. Euro) enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Wohnungsbau- und Wirtschaftsförderung.

Für Kreditrisiken aus Eventualverbindlichkeiten wurden Rückstellungen in Höhe von 2,0 Mio. Euro (Vorjahr 0,2 Mio. Euro) gebildet. Für Kreditrisiken aus anderen Verpflichtungen wurden Rückstellungen in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 1,8 Mio. Euro) gebildet. Darüber hinaus wurden keine Risiken identifiziert.

(28) Derivative Geschäfte

Die IBB hat zum 31. Dezember 2022 folgende, nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken in den Büchern. Die Derivate bestehen ausschließlich mit Kontrahenten, die in OECD-Ländern ansässig sind.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Derivate werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie verfügbaren Marktdaten (z.B. Zinssätze, Zinsvolatilitäten) bestimmt. Zukünftige Zahlungsströme werden dabei anhand von tenorspezifischen Swapkurven abgeleitet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u.a. von den vertraglichen Regelungen, beobachtbaren Marktdaten (z.B. Zinssätze, Zinsvolatilitäten) sowie der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cashflow (DCF)-Methode) ermittelt. Dabei erfolgt die Abzinsung der Cashflows mit einer €STR-Kurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit-Spreads. Für die Produktart Swaption wird für die Ermittlung der Barwerte ein Hull-White 1-Faktor Modell verwendet. Dabei werden auf Basis von aktuell zur Verfügung stehenden Zins- und Volatilitätsdaten die zukünftige Entwicklung des Momentan-Zinses stochastisch modelliert und daraus Preisinformationen abgeleitet.

in Mio. Euro	Restlaufzeiten			Nominalbetrag	Marktwerte
	≤ 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsswaps	5.208,9	12.904,6	10.496,0	28.609,5	432,0
davon in Bewertungseinheiten	476,0	2.525,0	895,0	3.896,0	342,5
davon kein Bestandteil einer Bewertungseinheit	4.732,9	10.379,6	9.601,0	24.713,5	89,5
Swaptions ¹	0,0	62,0	823,9	885,9	17,2
	5.208,9	12.966,6	11.319,9	29.495,4	449,2

¹ Gezahlte Optionsprämien werden in der Bilanzposition "Sonstige Vermögensgegenstände" ausgewiesen.

Sonstige Angaben

(29) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

Beschäftigtengruppe	Jahres- durchschnitt	Vorjahres- durchschnitt
Vollzeitbeschäftigte	504	472
Teilzeitbeschäftigte	212	202
	716	674
Auszubildende	41	40
	757	714

(30) Organe der IBB

Trägerversammlung	
Stephan Schwarz (ab 7. März 2022) (Vorsitzender)	Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin
Andreas Geisel (ab 7. März 2022) (stellvertretender Vorsitzender)	Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin
Daniel Wesener (ab 7. März 2022)	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Ramona Pop (bis 7. März 2022) (Vorsitzende)	Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin a. D.
Sebastian Scheel (bis 7. März 2022)	Senator für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin a. D.
Dr. Matthias Kollatz (bis 7. März 2022)	Senator für Finanzen des Landes Berlin a. D.

Vorstand	
Dr. Hinrich Holm	Vorsitzender des Vorstands
Angeliki Krisilion	Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat	
Stephan Schwarz (ab 7. März 2022) (Vorsitzender)	Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin
Andreas Geisel (ab 7. März 2022) (stellvertretender Vorsitzender)	Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen des Landes Berlin
Daniel Wesener (ab 7. März 2022)	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Ramona Pop (bis 7. März 2022) (Vorsitzende)	Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin a. D.
Sebastian Scheel (bis 7. März 2022) (stellvertretender Vorsitzender)	Senator für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin a. D.
Dr. Matthias Kollatz (bis 7. März 2022)	Senator für Finanzen des Landes Berlin a. D.
Maren Kern	Mitglied des Vorstands des BBU Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.
Dr. Iris Reinelt	Mitglied des Vorstands der L-Bank

Verwaltungsrat	
Jacqueline Tag	ehemaliges Mitglied des Vorstandes der ILB
Nadja Bernstein	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Michael Bomke	Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin
Christian Riemer	Mitglied des Personalrats der Investitionsbank Berlin

Gemäß § 10 Abs. 1 des Trägersgesetzes besteht die Trägerversammlung der IBB UV aus drei Mitgliedern, die vom Senat von Berlin bestellt und abberufen werden. Ihr gehören jeweils ausschließlich Mitglieder des Senats an.

(31) Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats

in Tsd. Euro	2022			2021
	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Dr. Hinrich Holm				
Gehalt	450,0	450,0	0,0	300,0
Erfolgsvergütung	33,3	0,0	33,3	0,0
	483,3	450,0	33,3	300,0
Angeliki Krisilion				
Gehalt	410,0	410,0	0,0	365,0
Erfolgsvergütung	40,0	0,0	40,0	80,0
	450,0	410,0	40,0	445,0
Dr. Jürgen Allerkamp				
Gehalt	0,0	0,0	0,0	250,0
Erfolgsvergütung	0,0	0,0	0,0	98,0
Ausgleich Dienstwagen	0,0	0,0	0,0	5,0
	0,0	0,0	0,0	353,0
	933,3	860,0	73,3	1.098,0

Mit den Vorständen wurde eine Gesamtvergütung vereinbart, die sich aus einem festen Jahresgehalt zuzüglich einer variablen Erfolgsvergütung auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung zusammensetzt. Der variable Anteil unterliegt somit einer vertraglich fixierten Obergrenze. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Die zu erreichenden Ziele leiten sich aus den strategischen Zielen der Bank ab und berücksichtigen neben der wirtschaftlichen Ertragskraft und Effizienzsteigerungen auch individuelle Ziele mit Blick auf die Gesamtperformance der IBB. Aus der Gesamtzielerreichung wird die Zahlung der variablen Erfolgsvergütung ermittelt. Bei einer Zielerreichung von 100 % oder höher entspricht die variable Erfolgsvergütung dem maximal im Dienstvertrag angesetzten Betrag der variablen Erfolgsvergütung. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

Die Bezüge und Rückstellungen für Pensionen für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen betragen im Geschäftsjahr 2022:

in Tsd. Euro	2022	2021
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	422,4	522,1
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	7.088,2	7.329,9

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in Tsd. Euro	2022	2021
Stephan Schwarz	10,9	0,0
Andreas Geisel	6,8	0,0
Daniel Wesener	7,3	0,0
Maren Kern	6,5	6,5
Jaqueline Tag	8,7	2,4
Dr. Iris Reinelt	9,3	9,3
Nadja Bernstein	8,7	8,7
Michael Bomke	8,7	8,7
Christian Riemer	6,5	6,5
Ramona Pop	3,3	13,1
Sebastian Scheel	2,1	8,2
Dr. Matthias Kollatz	2,2	8,7
	80,9	72,1

Mitgliedern des Vorstands und Verwaltungsrats wurden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt.

(32) Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 4 Abs. 3 der Satzung der Investitionsbank Berlin vom 17. September 2021 wenden der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK), welche Bestandteil der „Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen“ sind, wurden am 15. Dezember 2015 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der Investitionsbank Berlin veröffentlicht.

(33) Mandate der Mitglieder des Vorstands der IBB

Mandat	Gesellschaft
Dr. Hinrich Holm	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH
Vorsitzender des Aufsichtsrats (ab 1. April 2022)	IBB Capital GmbH
Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats	Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH
Mitglied des Aufsichtsrats	BÖAG Börsen AG
Angeliki Krisilion	
Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats (ab 1. April 2022)	IBB Business Team GmbH
Mitglied des Aufsichtsrats	IBB Beteiligungsgesellschaft mbH
Mitglied des Aufsichtsrats (ab 1. Mai 2022)	Sächsische Aufbaubank
Vorsitzende des Aufsichtsrats (bis 31. März 2022)	DAB Digitalagentur Berlin GmbH

Berlin, den 28. Februar 2023

Der Vorstand



Dr. Hinrich Holm
(Vorsitzender des Vorstands)



Angeliki Krisilion
(Mitglied des Vorstands)

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, den 28. Februar 2023



Hinrich Holm

Vorsitzender des Vorstands



Angeliki Krisilion

Mitglied des Vorstands

Lagebericht

Investitionsbank Berlin
Einzelabschluss

Geschäftsjahr 2022

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell

Die Investitionsbank Berlin (IBB), Anstalt öffentlichen Rechts, ist die Förderbank des Landes Berlin.

Die IBB ist eine Tochter der IBB Unternehmensverwaltung AöR (IBB UV). Die IBB UV ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes. Sie ist das aufsichtsrechtlich übergeordnete Unternehmen der IBB Gruppe und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes unterstützt die IBB das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Diese werden in einem Zielbild, in dem die Eigentümerziele formuliert sind, sowie in Beauftragungen konkretisiert.

Die Aufgaben der IBB fallen unter die Grundsätze der EU-Kommission für die Geschäftstätigkeit von Förderinstituten (Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002, der sogenannten Verständigung II). Sie verfügt über eine Anstaltslast, nach wie vor über eine direkte Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin und eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR sowie unverändert über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“ sowie „F1+“ für kurzfristige Verbindlichkeiten.

Die IBB ist seit dem 27.06.2019 vom Anwendungsbereich der CRD ausgenommen und hat seitdem den Status „Nicht-CRR-Institut“ i. S. d. KWG, ist aber weiterhin Kreditinstitut i. S. d. § 1 Abs. 1 KWG und hält unverändert eine Vollbanklizenz. Damit sind bestimmte regulatorische Erleichterungen verbunden.

Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde sie mit Bescheid vom 01.12.2021 als potenziell systemrelevantes Institut (PSI) im Sinne des § 12 Satz 2 Nr. 3 KWG eingestuft. Diese Einstufung wurde am 13.12.2022 von der BaFin überprüft und bestätigt.

Die Bank führt unter Beachtung der EU-beihilferechtlichen Vorschriften Fördermaßnahmen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes sowie der Infrastrukturförderung durch. Dabei agiert sie wettbewerbs-neutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein Förderproduktportfolio bestehend aus revolvingierenden Finanzinstrumenten in Form von Darlehen und Mezzanine-Kapital sowie Zuschussprogrammen und Beratungsleistungen. Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU sowie der Europäischen Investitionsbank Gruppe ein. Zur Unterstützung der Förderaufgaben betreibt die IBB Verständigung-II-konform das Treasury- und Kommunalkreditgeschäft.

Unternehmensstruktur

Organe der IBB sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung. Die IBB verfügt des Weiteren über einen Beirat. Die IBB gliedert sich in zwei Unternehmensbereiche, durch welche eine Trennung von Markt und Marktfolge gewährleistet ist. Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung.

Ziele und Strategien

Das übergeordnete Unternehmensziel der IBB ist definiert durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag. Die IBB verfolgt in Umsetzung ihres Förderauftrages die folgenden Ziele:

- Förderung der Berliner Wirtschaft, von Wohnimmobilien und Wohnungsneubau, Klimaschutzmaßnahmen sowie erneuerbarer Energien und gewerblicher Immobilien
- Zum Einsatz kommen revolvingierende Finanzinstrumente, Darlehen, Mezzanine-Finanzierungen, Bürgschaften und Zuschüsse sowie Beratungsleistungen.
- Als strategischer Partner erbringt die IBB weitere, sachbezogene Dienstleistungen mit Digitalisierungsbezug für das Land Berlin.
- Effizientes und kostenbewusstes Management der Darlehensbestände, insbesondere aus der Immobilienförderung des Landes Berlin/ der IBB
- Erwirtschaftung von Erträgen aus der Übernahme von Kreditrisiken, der Liquiditätssteuerung, Fristentransformation und aus Eigenanlagen zur Unterstützung der Förderaufgaben der IBB, u. a. über die Speisung des Berlin-Förder-Fonds (BFF), unter Beachtung des vom Vorstand festgelegten Risikoappetits der Bank
- Aus dem BFF wird der Berlin-Beitrag dargestellt, der mit dem Land jährlich abgestimmt und abgerechnet wird.
- Grundsätze der Geschäftspolitik sind die Einhaltung der Risikotragfähigkeit, das Gesamtkostendeckungsprinzip sowie die Nachhaltigkeit.

In der **Geschäftsstrategie** werden insbesondere die Unternehmensziele und die zu ihrer Erreichung notwendigen Maßnahmen der IBB dargelegt. Diese sind mit steuerungsrelevanten Kennzahlen verknüpft. Zusätzlich werden strategisch übergreifende Themen, bspw. Digitalisierung und Nachhaltigkeit, mit eigenen Zielen und Maßnahmen versehen. Für die Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung, die Arbeitsmarktförderung sowie Banksteuerung inkl. Treasury gibt es Teilstrategien.

Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine, mittlere (KMU) und zum Teil auch große Unternehmen sowie innovative und Sozial-Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren.

Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und privatwirtschaftliche Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften, private Immobilieninvestoren und -gesellschaften, Geschäftsbanken als Konsortialpartner, Kooperations- und Vertriebspartner sowie Privatkunden und Mieter. Darüber hinaus ist die IBB das Kompetenzzentrum im Umfeld der sozialen Wohnungsbauförderung in Berlin.

Daneben wurde ein neues Geschäftsfeld „Arbeitsmarktförderung“ etabliert, in dem das Management für Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) in der nächsten EU-Förderperiode ab 2021-2027 vollständig übernommen wurde. Hierdurch werden sämtliche Förderprogramme des ESF zur Arbeitsmarktförderung in Berlin über die IBB, als sog. Zwischengeschaltete Stelle (ZGS), vergeben.

Das Geschäftsfeld Bankbuch inkl. Treasury dient der Unterstützung der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Dabei wird ein Liquiditäts-Portfolio in angemessener Höhe zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank, zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern sowie zur Generierung eines Ergebnisbeitrages im Rahmen des Risikoappetits der Bank zur Unterstützung des Fördergeschäfts gehalten.

Zudem sind innerhalb der Geschäftsstrategie die Funktionalstrategien für die Betriebsorganisation, das Auslagerungsmanagement, das Personalmanagement

sowie für die Unternehmenskommunikation integriert. Die Risikostrategie, die IT- sowie die Vergütungsstrategie sind in separaten Dokumenten fixiert. Die risikoseitigen Leitplanken für die Umsetzung der Geschäftsstrategie werden in der Risikostrategie vorgegeben. Der darin festgelegte Handlungsrahmen definiert, in welchem Umfang Risiken einzugehen und wie diese zu steuern sind. Im Rahmen der IT-Strategie werden Ziele und Maßnahmen festgelegt, mit denen auch unter Digitalisierungsaspekten der Förderauftrag (kosten-) effizient und sicher erfüllt werden kann. Schwerpunkte der Vergütungsstrategie sind die Einhaltung einer stabilen Vergütungspraktik sowie eine leistungs- und marktgerechte Vergütung der Beschäftigten.

Steuerungssystem

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund.

Eine Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich der Vorsorgereserven.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als erfolgsorientierte Steuerungsgrößen bzw. bedeutendste finanzielle Leistungsindikatoren der IBB dienen dabei:

- das Neugeschäftsvolumen
- der Zins- und Provisionsüberschuss
- die Cost-Income-Ratio vor Förderleistung und
- die Gesamtkapitalquote.

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen und wird durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehenden Förderengagements ergänzt.

Zins- und Provisionsüberschuss bilden als Haupteinnahmequellen das wirtschaftliche Rückgrat der IBB. Die Steuerung beider Positionen erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB weiterhin nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Cost-Income-Ratio** vor Förderleistung entspricht dem Quotienten aus den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis. Dabei beinhaltet das operative Ergebnis das um Förderleistung bereinigte Zins- und Provisionsergebnis der Bank. Der Verwaltungsaufwand wird ebenfalls ohne Förderleistung berücksichtigt.

Die **Gesamtkapitalquote** (normative Sicht der Risikotragfähigkeit), berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von haftendem Eigenkapital und der Summe der Risikoaktiva, dient als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Auf die Entwicklung der bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren gehen wir insbesondere im Wirtschaftsbericht gesondert ein.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Steuerungsrelevante nichtfinanzielle Leistungsindikatoren wurden nicht festgelegt. Die nichtfinanzielle Berichterstattung für das Geschäftsjahr 2022 gemäß CSR - RUG, erfolgt in einem gesonderten nichtfinanziellen Konzernbericht der IBB Gruppe.

Der Bericht wird auf der Homepage der IBB Gruppe (www.ibbgruppe.de) veröffentlicht. Die Bank erstellt keine separate nichtfinanzielle Erklärung und nimmt die Konzernbefreiung gemäß § 289b Abs. 2 HGB in Anspruch.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Erholung hat nach dem Abebben der Corona-Krise in 2022 zu einer Wiederbelebung vieler Dienstleistungsbereiche geführt. Insgesamt konnte sich diese Erholungsphase aber nur unvollständig entfalten. Kaum war die durch die Corona-Pandemie ausgelöste wirtschaftliche Krise am Abklingen, wurden viele Volkswirtschaften durch Energieknappheit und extreme Energiepreise belastet. Im ersten Halbjahr 2022 ist die Wirtschaft in Berlin nach Auskunft des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg mit 3,7% noch überdurchschnittlich stark gewachsen – für Deutschland betrug das Wachstum 2,8%. Berlin konnte sich im Jahresverlauf aber den sich verschlechternden externen Rahmenbedingungen nicht entziehen. Eine Energiepreiskrise erfasste ganz Europa und belastet auch Berlin.

So sind die Energiepreise für Haushalte in der Spitze gegenüber dem Vorjahresmonat um mehr als 38% gestiegen und auch die Nahrungsmittelpreise stiegen um bis zu 21%. Das minderte die gesamtgesellschaftliche Kaufkraft, weshalb das zweite Halbjahr schwächer ausgefallen sein dürfte. Dennoch dürfte aufgrund des schwungvollen Starts, eines robusten Arbeitsmarktes und von krisenfesteren Dienstleistungsbereichen alles in allem für das gesamte Jahr 2022 ein Wachstum von mindestens 2,5% in Berlin erreicht worden sein. Für Deutschland waren es laut einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamts 1,9%. Damit bliebe die Berliner Wirtschaft insgesamt unter ihrem überdurchschnittlich hohen Wachstum, das in den fünf Jahren vor der Corona-Pandemie bei durchschnittlich 4% gelegen hat.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im Oktober 2022 im Jahresvergleich um 57.962 auf 1,67 Mio. Damit lag Berlin mit einem Zuwachs von 3,6% an der ersten Stelle aller Bundesländer und mehr als doppelt so hoch wie der deutsche Schnitt (+1,5%). Die Dynamik am Berliner Arbeitsmarkt blieb hoch, hat aber seit den Höchstständen im Mai (+4,8%) etwas nachgelassen. Seit 2021 haben sich die Arbeitslosenzahlen schrittweise von den Pandemie-Höchstständen erholt und betrugen im Dezember 2022 nur noch 175.050. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,6% (Deutschland: 5,3%), die allerdings immer noch 1,5 Prozentpunkte höher lag als im Dezember 2019. Zuzüglich der Personen in beruflicher Eingliederung oder Weiterbildung gab es insgesamt 234.368 Unterbeschäftigte (11,3%) in Berlin.

Nach einem heftigen Corona-Einbruch in 2020 haben die Dienstleistungen in 2022 wesentlich zur Erholung der Berliner Wirtschaft beitragen. Im ersten Halbjahr stiegen die Umsätze in diesem Sektor um 22,2%. Einen besonders verlässlichen Wachstumsbeitrag steuerte durch die gesamte Corona-Pandemie der Bereich Information und Kommunikation bei, der im ersten Halbjahr 2022 um 17,3% gewachsen ist. Besonders stark entwickelte sich der Teilbereich Film und TV (+80,5%), der allerdings besonders unter der Pandemie gelitten hatte. Kaum von der Krise betroffen waren die Informationsdienstleistungen (+18,7%) sowie die

Informationstechnologie (+11,8%). Der während der Pandemie stark ausgeweitete Wirtschaftszweig Post- und Kurierdienste musste nach der Öffnung wieder etwas von seinen Umsätzen abgeben (-2,7%).

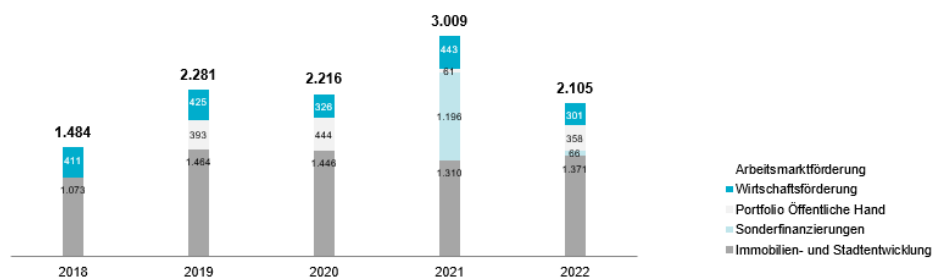
Die hoch spezialisierten Berliner Industrieprodukte sind weiter gefragt, insbesondere Druckerzeugnisse, Chemie- und Pharmaerzeugnisse sowie Metallerzeugnisse. Trotz Lieferengpässen bei Vorleistungsprodukten stiegen die Berliner Industrieumsätze in den ersten zehn Monaten um 50,2% (Deutschland: +16,9%). Bereinigt um eine Neuklassifizierung in der Statistik lag das Umsatzplus in den ersten sieben Monaten noch bei rund 6%. Die Entwicklung der Auftragseingänge hingegen stagnierte im Jahresverlauf und pendelte sich bei einem Rückgang um 0,1% ein.

Die hohe Inflationsdynamik hat die Geldpolitik der EZB unter Zugzwang gesetzt, weshalb sie 2022 die Leitzinsen kräftig angehoben hat. Nach drei vorangegangenen Zinsschritten wurden am 15. Dezember der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Dezember 2022 um 50 Basispunkte auf 2,50 %, 2,75 % bzw. 2,00 % erhöht. Die hohen Leitzinsen haben sich mittelbar auf die Hypothekenzinsen für private Haushalte übertragen. Hier erreichen die Effektivzinssätze im Neugeschäft für eine zehnjährige Finanzierung in 2022 bereits bis zu 3,40%. Die rasant steigenden Bauzinsen bremsen den Wohnungsbau, weil viele Bauprojekte nachkalkuliert oder sogar angehalten werden mussten. Die Baugenehmigungen von Wohnungen brachen im Jahresvergleich der ersten zehn Monate um 7,5% auf knapp 13.200 ein. Auf den Baustellen machen sich neben Fachkräftemangel weiterhin auch Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Baumaterialien bemerkbar (+18%). Die Umsätze im Bauhauptgewerbe stiegen, auch aufgrund von Preissteigerungen, um 11,2% auf 3,6 Mrd. Euro.

Geschäftsverlauf

Die Bank blickt insbesondere mit dieser volatilen Entwicklung auf ein durch Herausforderungen geprägtes Jahr zurück. Dessen ungeachtet wurden Finanzierungszusagen in Höhe von 2,1 Mrd. Euro (inkl. Sondergeschäft mit der IBB UV in Höhe von 66,5 Mio. EUR) ausgesprochen.

Finanzierungszusagen
für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Mio. Euro



Die Finanzierungszusagen der **Immobilien- und Stadtentwicklung** lagen mit einem Neugeschäftsvolumen von 1.370,9 Mio. Euro (inkl. Zuschüsse) weit über den geplanten Finanzierungszusagen, aber nur leicht (+4,7%) über dem Vorjahresergebnis (1.309,7 Mio. Euro). Vor allem das Zinsniveau sowie steigende Baukosten aufgrund des Krieges haben die Bautätigkeit in der ganzen Stadt gedämpft.

In der sozialen Wohnungsneubauförderung konnte das Vorjahresergebnis nicht

erreicht werden (355,1 Mio. Euro; Vorjahr 453,1 Mio. Euro). Die Nachfrage von Wohnungsbaugesellschaften nach öffentlichen Baudarlehen zur Finanzierung preisgebundener Wohnungen ist im Vorjahresvergleich deutlich gefallen. Das Zusagevolumen lag bei 95,4 Mio. Euro (Vorjahr 340,9 Mio. Euro). Dies entspricht einer Planerreichung von 36%. Demgegenüber übertrafen die Ergänzungsfinanzierungen im Rahmen des sozialen Wohnungsneubaus mit 259,7 Mio. Euro das Vorjahresergebnis um 147,5 Mio. Euro. Dies lag vor allem daran, dass die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) der KfW zum 24.01.2022 mit einem vorläufigen Programmstopp belegt wurde. Grund war die enorme Antragsflut, um noch Förderungen für das Effizienzhaus 55 zu erhalten, und die Ausschöpfung der vom Bund bereitgestellten Mittel.

Die Finanzierungen für eine energieeffiziente Sanierung des Wohnungsbestandes verzeichneten eine leicht erhöhte Nachfrage und überstiegen das Vorjahresergebnis geringfügig (67,9 Mio. Euro; Vorjahr 66,6 Mio. Euro).

Das Zusagevolumen im Bereich der Förderergänzung übertrifft den Planwert (+ 52%) und das Vorjahresergebnis (+ 58,8 Mio. Euro) deutlich. Ein starkes Jahr hatte auch das Programm „Berlin Infra“, welches die Planunterschreitung der weiteren Förderergänzungsprogramme kompensierte. Mit dem Förderprogramm „Berlin Infra“ werden öffentliche Unternehmen mit Sitz in Berlin unterstützt, bei denen das Land Berlin der mehrheitliche Gesellschafter ist. Auch die Finanzierung der Schulneubauten erfolgt über das Förderprogramm „Berlin Infra“. Es lag mit insgesamt 408,2 Mio. Euro (davon 245,0 Mio. Euro im Schulneubau) weit über den Erwartungen (Plan 180 Mio. Euro, davon Schulneubau 130 Mio. Euro) und dem Vorjahr (246,3 Mio. Euro, davon 149,2 Mio. Euro im Schulneubau).

Auch die Konsortialfinanzierungen verzeichneten ein erfolgreiches Jahr. Mit einem Zusagevolumen von 330,1 Mio. Euro wurde das Vorjahresergebnis von 177,5 Mio. Euro fast verdoppelt (Plan +65%).

Hinsichtlich der Anschluss- und Umfinanzierungen sowie der Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken sank die Nachfrage mit einem Finanzierungsvolumen von 119,1 Mio. Euro (Vorjahr 146,3 Mio. Euro) leicht zum Vorjahr.

Die Auswirkungen der herausfordernden wirtschaftlichen Situation zeigte sich vor allem im Bereich der **Wirtschaftsförderung**. Diese konnte an die außerordentliche Vorjahresentwicklung, die v. a. durch die Rekommunalisierung des Berliner Stromnetzes in Höhe von 900,0 Mio. Euro geprägt war, nicht anknüpfen und weist ein leicht rückläufiges Geschäft aus. Die Darlehensbewilligungen lagen mit 182,6 Mio. Euro auch ohne Sondergeschäfte unter dem Vorjahresergebnis (188,0 Mio. Euro).

Volumenstärkstes Programm war das IBB Wachstumsprogramm mit 119,0 Mio. Euro und einer Planerreichung von 149%. Damit übertrifft es deutlich das Vorjahresergebnis von 26,9 Mio. Euro. Einen weiteren wichtigen Anteil am Neugesäftsvolumen der Wirtschaftsförderung hat das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 70,5 Mio. Euro, obwohl es deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres (215,4 Mio. Euro) und den Erwartungen lag. Die deutliche Planunterschreitung (Plan 71%) ist zurückzuführen auf Haushaltsbeschränkungen im ersten Halbjahr. Die dritte Säule stellt das Zuschussprogramm „Pro FIT“ mit einem Volumen von 38,6 Mio. Euro und einer Planerreichung von 122% (Vorjahr 28,8 Mio. Euro) dar. Die Treuhandkomponente des „Pro FIT“-Programms (21,2 Mio. Euro) verfehlte das Planergebnis nur knapp (96%).

Die IBB konnte zudem die **öffentliche Hand** durch Kommunaldarlehen bei der Realisierung von Infrastrukturvorhaben in Höhe von 358,0 Mio. Euro unterstützen. Diese Finanzierungszusagen lagen deutlich über den Erwartungen und dem schwachen Vorjahresergebnis (60,6 Mio. Euro).

Die neu gegründete Geschäftseinheit **Arbeitsmarktförderung** ist in 2022 an den Start gegangen und hat zum Jahresende bereits Finanzierungszusagen in Höhe von 8,5 Mio. Euro ausgesprochen. Diese verteilen sich auf zwei Förderprogramme: 7,34 Mio. Euro wurden im Förderprogramm 1 „Orientierung und Qualifizierung für Frauen“ bewilligt und weitere 1,14 Mio. Euro im Förderprogramm 14 „Grundbildung gering literalisierter Erwachsener“.

Zusammenfassend zeigt sich, dass sich die im Laufe des Jahres veränderte gesamtwirtschaftliche Lage in erheblichem Umfang in der Nachfrage nach bestimmten Förderprogrammen widerspiegelt.

Ertragslage

Trotz der z. T. erheblichen Planabweichungen ergab sich GuV-seitig ein stabiler Geschäftsverlauf; die Ertragslage zeigt ein zufriedenstellendes Ergebnis. Kontinuierliche Erträge aus EFRE-Zuschüssen sowie Erträge aus der Vereinnahmung von der IBB zustehenden Tilgungsanteilen aus dem Grundvertrag haben zudem das Ergebnis der Bank gestärkt und höher als geplant ausgelaufene Verwaltungsaufwände kompensiert.

Die Ertragslage wird durch die nachfolgende, an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. Diese weicht insbesondere in folgenden von der HGB-Darstellung ab.

- Betroffen hiervon sind – wie schon in den Vorjahren – **Bewertungseffekte** aus der Amortisierung von Kursaufschlägen bei relativ hochverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vorjahr 8,2 Mio. Euro). Diese wurden aus ökonomischen Gesichtspunkten aus dem Bewertungsergebnis in das Zinsergebnis umgegliedert.
- Weiterhin betroffen ist der bereits aufgeführte Aufwand aus Förderaktivitäten, die die IBB im Rahmen des **Berlin-Beitrags** erbringt. Diese teilen sich nach entgeltlich (6,4 Mio. Euro; Vorjahr 4,7 Mio. Euro) und unentgeltlich erbrachten Leistungen (13,8 Mio. Euro, Vorjahr 13,8 Mio. Euro) auf. Letztere werden ausschließlich kalkulatorisch in der Ergebnisrechnung berücksichtigt. Im Nachgang werden diese Positionen als Berlin-Beitrag zulasten des Jahresüberschusses berücksichtigt. Die dafür aufzuwendenden Mittel wurden aus dem Berlin-Förder-Fonds entnommen. Im Berichtsjahr erfolgte erneut eine Zuführung zum Fonds in Höhe von 15,0 Mio. Euro, so dass per Saldo eine Auflösung des Fonds in Höhe von 5,2 Mio. Euro (Vorjahr Auflösung 3,5 Mio. Euro) erfolgte. Die Dotierung des Berlin-Förder-Fonds spiegelt sich bilanziell in den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wider.

in Mio. Euro	2022	2021	Veränderung	
			absolut	+/- in %
Zinsergebnis*	109,9	90,4	19,5	21,6
Provisionsergebnis	17,4	11,7	5,7	48,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	70,8	336,6	-265,8	-79,0
Operatives Ergebnis	198,0	438,6	-240,6	-54,9
Verwaltungsaufwand	-131,7	-106,5	-25,2	-23,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	66,3	332,2	-265,9	-80,0
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-12,7	-10,0	-2,7	-27,4
Wirtschaftliches Ergebnis	53,6	322,2	-268,6	-83,4
Berlin-Beitrag (inkl. Zuführung zum Berlin-Förder-Fonds)	-15,0	-15,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss	38,6	307,2	-268,6	-87,4

* Berücksichtigt beschriebene Umgliederungseffekte

Hauptertragsquelle der IBB bleibt das **Zinsergebnis** (109,9 Mio. Euro), das sich vor dem Hintergrund der schwungvoll eingetretenen Zinswende sehr gut entwickelt hat und deutlich über dem Erwartungs- und Vorjahreswert liegt. Der Anstieg ist neben einem geringeren Aufwand für Pensionsrückstellungen durch die nunmehr wieder positiven Ergebnisbeiträge für die Anlage unverzinslicher Bestände geprägt. Daneben liefert die Nettofristentransformation erneut einen stabilen Ergebnisbeitrag. Auch die Konditionsbeiträge im Kundengeschäft bleiben u. a. aufgrund überplanmäßiger Nachfrage nach Kommunalkrediten stabil. Unverändert zu den Vorjahren wurden auch in diesem Jahr dispositive Maßnahmen umgesetzt, wodurch künftige Ergebnisse entlastet werden sollen. Zu diesem Zweck hat die IBB mehrere Festzinszahler-Swaps mit hohen laufenden Zahlungsverpflichtungen vorzeitig aufgelöst.

Das **Provisionsergebnis** in Höhe von 17,4 Mio. Euro lag mit 49% deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg resultierte plangemäß aus Kostenerstattungen des Landes für die Erbringung von Dienstleistungen. Hierzu gehörte unter anderem die Ausreichung und Gewährung von Soforthilfen im Rahmen der Corona-Pandemie sowie die Durchführung der Arbeitsmarktförderung, die mit EU-Mitteln aus dem „Europäischen Sozialfonds Plus“ kofinanziert wird. Weiterhin ist das Provisionsergebnis durch Entgelte für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt. Das **sonstige betriebliche Ergebnis** liegt mit 70,8 Mio. Euro erwartungsgemäß weit unter dem Vorjahreswert (336,6 Mio. Euro), der durch einen Einmaleffekt aus Tilgungsanteilen aus dem Grundvertrag im Vorjahr (284,8 Mio. Euro) geprägt war. In diesem Geschäftsjahr wurden 15,0 Mio. Euro an der IBB zustehenden Tilgungsanteilen aus dem Grundvertrag vereinnahmt. Die erhaltenen EFRE-Zuschüsse lagen mit 14,0 Mio. Euro leicht über dem Vorjahr (12,0 Mio. Euro). Ohne diese Effekte liegt das sonstige betriebliche Ergebnis mit 41,8 Mio. Euro über dem Vorjahreswert (39,7 Mio. Euro) und über den Erwartungen. Maßgeblich geprägt wird das sonstige betriebliche Ergebnis durch Kostenerstattungen für die Erbringung von Dienstleistungen für das Land Berlin.

Der **Verwaltungsaufwand** von -131,7 Mio. Euro stieg gegenüber dem Vorjahr deutlich an (+23,7%, Vorjahr -106,5 Mio. Euro). Er setzt sich zusammen aus Personal- und Sachaufwendungen und Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Zahlreiche Neueinstellungen sowie eine inflationsbedingt notwendige Anpassung der Rückstellungen für die Altersvorsorge (die Schätzung für künftige Rentensteigerungen musste nach oben angepasst werden) machen den Personalaufwand zum größten Treiber des Verwaltungsaufwands (- 75,3 Mio. Euro, Vorjahr - 59,9 Mio. Euro). Dazu kommen erhebliche Aufwendungen für das neue Kernbankensystem sowie die Abarbeitung der Sonderprüfung nach § 44 KWG, die den Sachaufwand (54,0 Mio. Euro) gegenüber dem Vorjahr (44,6 Mio. Euro) deutlich ansteigen lassen.

Die Entwicklung im Zins- und Provisionsergebnis und im Verwaltungsaufwand bereinigt um die Förderleistung der Bank wirkte sich im Berichtsjahr auf die Kennzahl **Cost-Income-Ratio vor Förderleistung** aus. Der für das Berichtsjahr 2022 ermittelte Wert für diese Steuerungsgröße liegt mit 70 % deutlich über dem Vorjahresniveau (59 %), jedoch im Rahmen der Erwartungen.

Die Cost-Income-Ratio vor Förderleistung entspricht dem Quotienten aus den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis. Dabei beinhaltet das operative Ergebnis das um Förderleistungen bereinigte Zins- und Provisionsergebnis der Bank. Der Verwaltungsaufwand wird ebenfalls ohne Förderleistung berücksichtigt.

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis** inklusive der Dotierung der allgemeinen Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von - 12,7 Mio. Euro (Vorjahr -10,0 Mio. Euro). Hauptursache für die gestiegene Risikovorsorge im Kreditgeschäft waren Anpassungen der Parameter für die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit in Folge der Energiekrise. Zudem wurden zum Jahresanfang die Vorhaben gemäß IDW BFA 7 zur Bildung der

Portfoliowertberichtigungen umgesetzt. Des Weiteren hat ein erhöhtes Bewertungsergebnis unsere Wertpapiere der Liquiditätsreserve das Ergebnis gemindert. Hintergrund ist der durch den Ukraine-Krieg getriebene Inflationsanstieg im Laufe des Jahres 2022 und die damit einhergehenden starken Zinssteigerungen sowie Spreadausweitungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Kompensatorisch wurden hierzu in Höhe des negativen Wertpapier-Bewertungsergebnisses § 340f HGB Reserven (+11,7 Mio. Euro) aufgelöst. Dauerhafte Wertminderungen bei den Wertpapieren sehen wir bislang nicht.

Die Bank weist nach Abzug des Berlin-Beitrages einen **Jahresüberschuss** in Höhe von 38,6 Mio. Euro (Vorjahr 307,2 Mio. Euro) aus. Von diesem Betrag ausgehend sind der zu thesaurierende Tilgungsanteil aus § 2 Grundvertrag (15,0 Mio. Euro, Vorjahr 284,8 Mio. Euro) und die ebenfalls zu thesaurierenden EFRE-Zuschüsse (14,0 Mio. Euro, Vorjahr 12,0 Mio. Euro) abzuziehen. Der sich daraus ergebende bereinigte Jahresüberschuss, der vollständig an die IBB Unternehmensverwaltung AöR ausgeschüttet wird, beträgt 9,6 Mio. Euro und liegt über den Erwartungen.

Die nach den Vorgaben des § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, der Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,19 % (Vorjahr 1,48 %).

	Investitionsbank gesamt		Immobilien- & Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Bankbuch		Corporate Center	
in Mio. Euro	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Zinsergebnis*	109,9	90,4	55,7	57,3	15,8	13,4	40,0	36,8	-1,7	-17,1
Provisionsergebnis	17,4	11,7	6,1	5,2	12,0	7,2	-0,7	-0,7	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis*	73,2	338,2	1,6	4,2	35,1	31,5	0,0	0,0	36,5	302,5
Operatives Ergebnis	198,0	438,6	63,4	66,6	60,6	50,7	39,3	36,1	34,7	285,2
Verwaltungsaufwand	-131,7	-106,5	-28,0	-31,8	-51,6	-49,0	-6,6	-6,1	-45,6	-19,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	66,3	332,2	35,4	34,8	9,1	1,7	32,7	30,0	-10,9	265,7
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-12,7	-10,0	-7,3	4,4	-1,3	-2,1	0,0	0,2	-4,2	-12,5
Wirtschaftliches Ergebnis	53,6	322,2	28,1	39,1	7,8	-0,4	32,7	30,2	-15,1	253,2
Berlin-Beitrag	-15,0	-15,0	-2,0	-1,6	-14,2	-14,6	0,0	0,0	1,3	1,2
Jahresüberschuss	38,6	307,2	26,1	37,5	-6,5	-15,0	32,7	30,2	-13,8	254,4

* Berücksichtigt beschriebene
Umstellungseffekte

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** erbringt mit einem Zinsergebnis von 55,7 Mio. Euro (Vorjahr 57,3 Mio. Euro) weiterhin den maßgeblichen Anteil am Gesamtzinsergebnis der Bank. Während das sonstige betriebliche Ergebnis im Vorjahr noch zusätzlich durch Kostenerstattungen für die Abwicklung des MietenWoG geprägt war, fällt es mit 1,6 Mio. Euro in diesem Jahr deutlich geringer aus. Darüber hinaus hat die Erhöhung der Risikovorsorge (-7,3 Mio. Euro; Vorjahr +4,4 Mio. Euro) im Rahmen der aktuellen Energiekrise das Ergebnis stark gemindert. Mit 28,1 Mio. Euro weist das Geschäftsfeld somit ein wirtschaftliches Ergebnis unter Vorjahresniveau (39,1 Mio. Euro) aus.

Das Segment der **Wirtschaftsförderung** wird durch ein deutlich über Vorjahr (50,7 Mio. Euro) liegendes Operatives Ergebnis (60,6 Mio. Euro) geprägt. Haupttreiber sind hier insbesondere ein stabil wachsendes Zinsergebnis sowie ein durch Kostenerstattungen aus der Erbringung von Dienstleistungen für das Land Berlin geprägtes Provisionsergebnis und sonstiges betriebliches Ergebnis. Durch einen leicht über dem Vorjahr liegenden Verwaltungsaufwand von 51,6 Mio. Euro (Vorjahr 49,0 Mio. Euro), bedingt durch höhere Sachaufwendungen, kann die Wirtschaftsförderung ein deutlich über dem Vorjahr liegendes wirtschaftliches Ergebnis von 7,8 Mio. Euro (Vorjahr - 0,4 Mio. Euro) ausweisen.

Im **Bankbuch**, dem sowohl die Banksteuerung als auch das Treasury zugeordnet sind, liegt das kumulierte wirtschaftliche Ergebnis (32,7 Mio. Euro) leicht über dem Vorjahreswert (30,2 Mio. Euro). Grund für die positive Entwicklung ist eine stabile Nettofristentransformation. Positiv wirkte zudem erneut Zinsvergünstigungen der EZB bei den TLTRO-III-Refinanzierungsgeschäften. Unverändert zu den Vorjahren wurden auch in diesem Jahr dispositive Maßnahmen umgesetzt,

wodurch künftige Ergebnisse entlastet werden sollen. Durch die Auflösung von § 340f HGB-Reserven (+11,7 Mio. Euro) wurde die negative Entwicklung des Wertpapier-Bewertungsergebnisses kompensiert. Diese ist sowohl auf zinsinduzierte Effekte als auch auf die Ausweitung der Credit Spreads für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve zurückzuführen.

Das **Corporate Center** weist ein negatives wirtschaftliches Ergebnis in Höhe von - 15,1 Mio. Euro (Vorjahr +253,2 Mio. Euro) aus. Grund für die starke Diskrepanz zum Vorjahreswert ist, dass dieser durch oben bereits erwähnte Einmaleffekte (Grundvertrag 284,8 Mio. Euro; EFRE-Zuschüsse 12,0 Mio. Euro) geprägt war. Die Einmaleffekte im Berichtsjahr fielen deutlich geringer aus (Grundvertrag 15,0 Mio. Euro, EFRE-Zuschüsse 14,0 Mio. Euro).

Der zum Vorjahr (-19,5 Mio. Euro) stark angestiegene Verwaltungsaufwand in Höhe von -45,6 Mio. Euro im Corporate Center lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Zum einen belasten die Durchführung des Projektes „Kernbankensystem“ als auch die Abarbeitung der §44er Sonderprüfung den Sachaufwand zusätzlich zum Vorjahr. Zum anderen verursacht eine Anpassung der Rückstellungen für die Altersvorsorge (höherer Rententrend aufgrund der gestiegenen Inflationserwartungen) einen höheren Personalaufwand. Dagegen ist die Belastung des Zinsergebnisses durch Barwerteffekte bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen deutlich gesunken.

Saldiert wurden im Berichtsjahr zum Ausgleich von temporären Bewertungseffekten Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 7,6 Mio. Euro (Vorjahr -12,5 Mio. Euro Zuführung) aufgelöst.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der IBB ist geordnet und stellt sich zum 31.12.2022 wie folgt dar:

in Mio. Euro	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
			absolut	+/- in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.050,1	1.531,5	518,6	33,9
Forderungen an Kunden	12.764,0	13.037,0	-273,0	-2,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.968,9	4.833,1	135,9	2,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,4	-0,4	-100,0
Sonstige Aktiva	942,8	1.389,7	-446,9	-32,2
Bilanzsumme	20.725,9	20.791,6	-65,6	-0,3
Eventualverbindlichkeiten	138,0	174,3	-36,3	-20,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	997,3	694,9	302,4	43,5
Geschäftsvolumen	21.861,3	21.660,8	200,5	0,9

Die **Bilanzsumme** hat sich im Berichtsjahr stabilisiert und liegt auf Vorjahresniveau. Das **Geschäftsvolumen** erhöhte sich im Berichtszeitraum um 0,9 % auf 21,9 Mrd. Euro. Maßgebend hierfür sind gestiegene Finanzierungszusagen, hier vor allem aus dem Schulneubau (bewilligt 245 Mio. Euro; nicht valutiert 235 Mio. Euro), die zum Bilanzstichtag jedoch noch nicht valutiert sind.

Das Volumen der **Forderungen an Kreditinstitute** ist deutlich gestiegen, und zwar v. a. zu Lasten der sonstigen Aktiva (Barreserve). Hintergrund ist, dass die Anlage der liquiden Mittel, die über das Mindestreservesoll hinausgehen, nicht mehr direkt auf dem Bundesbankkonto, sondern in Form der täglich abgerechneten Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank (Forderungen an KI) erfolgt.

Das Volumen der **Forderungen an Kunden** ist gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mrd. Euro leicht gesunken und beträgt 12,8 Mrd. Euro. Leichten Rückgängen in der

Immobilien- und Stadtentwicklung stand ein Bestandsaufbau in den Kommunalfinanzierungen gegenüber.

Zum 31.12.2022 betrug das **bilanzielle Eigenkapital** inklusive Bilanzgewinn 1.136,8 Mio. Euro (Vorjahr 1.108,6 Mio. Euro). Maßgeblich für die Veränderung ist neben dem aktuellen Jahresüberschuss die Ausschüttung eines Teiles des Bilanzgewinns 2021 in Höhe von 10,3 Mio. Euro an die IBB Unternehmensverwaltung AöR. Durch die Thesaurierung des Bilanzgewinns 2021 in einer Höhe von 296,8 Mio. Euro wurde die Zweckrücklage der IBB erhöht.

Der Rückgang der Gesamtkapitalquote in 2022 resultiert maßgeblich aus dem Anstieg der Risikoaktiva. Diese reflektiert weiterhin die solide Kapitalausstattung der Bank, die für das Fördergeschäft angemessen ist und leicht über den Erwartungen liegt.

Gesamtrisikobetrag und Kapitalquoten

in Mio. Euro / in %	31.12.2022*	31.12.2021**
Gesamtrisikobetrag (RWA)	6.474,8	6.235,5
Eigenmittel	1.299,6	1.306,8
Gesamtkapitalquote	20,1%	21,0%
Kernkapitalquote	20,1%	20,9%

*Werte vor der Umsetzung des Beschlusses zur Gewinnverwendung

**Meldung per 31.12.2021 nachträglich angepasst in Folge der Umsetzung des Beschlusses zur Gewinnverwendung 2021

Die Grundsätze über die Einhaltung einer angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Finanzlage

Die IBB konnte auch im Geschäftsjahr 2022 ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsmöglichkeiten erreichen. Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB Unternehmensverwaltung und somit auch der IBB waren unterstützende Faktoren dafür, dass die IBB jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Erstmalig wurde in 2022 ein von Investoren stark nachgefragter Social Bond mit einem Volumen von 500 Mio. Euro und einer Laufzeit von 5 Jahren begeben.

Im Detail hat sich die Struktur der Refinanzierungsseite gegenüber dem Vorjahr leicht verändert. Mit 5,1 Mrd. Euro (Vorjahr 6,2 Mrd. Euro) beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 24 % (Vorjahr 30 %). Der Anteil der verbrieften Verbindlichkeiten wurde weiter ausgeweitet von 8,7 Mrd. Euro bzw. 42 % auf 9,8 Mrd. Euro bzw. 47 %.

Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen v. a. auch die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, betragen 3,4 Mrd. Euro (Vorjahr 3,6 Mrd. Euro) bzw. 16 % (Vorjahr 17 %) und sind somit weiterhin leicht rückläufig.

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, außer den Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 2,9 Mrd. Euro (Vorjahr 2,3 Mrd. Euro) durchgeführt.

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der IBB waren im Geschäftsjahr 2022 zufriedenstellend.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Der Bericht enthält prognostizierte Aussagen in Bezug auf die volkswirtschaftliche Entwicklung, den Geschäftsverlauf im Fördergeschäft sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der IBB. Die Aussagen beruhen auf Erwartungen und Annahmen, die auf den zum Erstellungszeitpunkt vorliegenden Informationen aufsetzen. Sie beinhalten neben Chancen auch Risiken und Unsicherheiten, die außerhalb des Einflussbereichs der Bank liegen. Dazu gehören insbesondere die Entwicklung der Energie- und Verbraucherpreise, konjunkturelle Entwicklungen und die Lage der Finanzmärkte. Die Nachfrage nach den einzelnen Förderprogrammen wird sowohl durch die wirtschaftliche Lage, die Zinsentwicklung als auch die Wohnungspolitik stark beeinflusst, auf die im Folgenden eingegangen wird. Allerdings können die in der Zukunft tatsächlich eintretenden Ereignisse von den hier getroffenen Aussagen, Erwartungen und Annahmen abweichen.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine in 2022 stellt eine Zäsur auf vielen Ebenen dar, die sowohl politisch als auch wirtschaftlich langfristige Auswirkungen über die beiden kriegführenden Parteien hinaus haben wird. Kurzfristig wurden in Europa viele Volkswirtschaften von einer krisenhaften Zuspitzung auf den Energie- und Gasmärkten belastet. Durch reduzierte oder ganz ausbleibende Lieferungen aus der Russischen Föderation wurden die Preise auf den Gas- und Ölmärkten drastisch in die Höhe getrieben. Das führte zu einem gesamtgesellschaftlichen Kaufkraftentzug, der viele europäische Länder in 2023 in eine Rezession drücken dürfte. Für Deutschland könnte der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes 0,9% betragen. Berlin, das in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen ist und dessen Industrieanteil nur noch 6,3% an der Bruttowertschöpfung beträgt, könnte das Jahr 2023 mit einem Wachstum knapp oberhalb der Nulllinie abschließen.

Mit den hohen Energiepreisen ist eine starke Aufwärtsdynamik bei den Verbraucherpreisen einhergegangen. Zwar sind die Verbraucherpreise zum Jahresende 2022 von ihren Höchstständen etwas zurückgegangen. Die Teuerung betrug in Berlin im Dezember 7,9% nach 9,9% im Oktober. Dennoch dürften die Verbraucherpreise 2023 mit durchschnittlich rund 6,5% insgesamt sehr hoch bleiben. Denn selbst mit einer sukzessiven, aber erst mittelfristig wirkenden Umstellung von günstigem russischen Pipelinegas auf teurere Flüssiggasimporte werden die Energiepreise auf einem hohen Niveau bleiben. Das könnte in Berlin vor allem kleine und mittlere Unternehmen empfindlich treffen, die keine Möglichkeit haben, energieintensive Produktionsabschnitte in Regionen der Welt zu verlagern, in denen die Energiepreise günstiger sind. Zudem haben diese Unternehmen wenig Spielraum, die hohen Energiekosten in vollem Umfang an ihre Kunden weiterzureichen, da sonst die Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen entsprechend sinken würde.

Die EZB hat in Reaktion auf die zu hohen Verbraucherpreise für 2023 bereits weitere Erhöhungen ihrer Leitzinsen angekündigt, um mittelfristig die Rückkehr zum 2%igen-Inflationsziel zu erreichen. Damit dürften auch die Bauzinsen hoch bleiben. Selbst wenn die Kaufpreise künftig etwas sinken sollten, könnte sich die Finanzierung von Immobilien unter dem Strich verteuern. Die rasant steigenden Bauzinsen bremsen somit den Wohnungsbau, weil viele Bauprojekte überdacht oder sogar angehalten und zurückgezogen werden. In der Folge verbleiben mehr Menschen im Berliner Mietmarkt. Da sich der Fachkräftebedarf vieler Berliner Branchen darüber hinaus nicht allein aus dem heimischen Arbeitsmarkt decken lässt, wird Berlin auch 2023 weiter gut ausgebildete Menschen aus aller Welt anziehen. Die Nachfrage nach Wohnraum und der Druck auf den Wohnungsmarkt dürften damit insgesamt hoch bleiben.

Neben den aktuellen Belastungen bietet die Energiepreiskrise mittelfristig aber auch Chancen im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit der Krise öffnet sich einerseits ein Fenster für Investitionen etablierter Unternehmen in eine neue, zukunftssichere und grüne Energieversorgung. Andererseits könnte sie ein Katalysator sein, bereits geplante Entwicklungen auf diesem Gebiet deutlich zu beschleunigen und die Entwicklung neuer, innovativer Lösungen im Berliner Start-up-Ökosystem voranzutreiben. Eine ähnliche Katalysatorfunktion übte bereits die Corona-Pandemie für die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft aus. Sie hatte während der Corona-Krise einen spürbaren Auftrieb erfahren und die enormen Potenziale vieler digitaler Prozesse und Dienstleistungen aufgezeigt. Homeoffice, digitaler Unterricht, innovative Formen von Onlineshopping, virtuelle Treffen im beruflichen und familiären Kontext, neue Apps für medizinische Zertifikate und Gesundheitswarnungen sowie virtuelle Arztkonsultationen werden auch nach der Pandemie bleiben.

Berlin ist mit seinen Förderungen in das innovative Cluster Energietechnik und mit einem breit aufgestellten Start-up-Ökosystem für eine führende Rolle in der Entwicklung erneuerbarer Energien sehr gut aufgestellt. So flossen allein im ersten Halbjahr 2022 von den insgesamt gut sechs Mrd. Euro Risikokapital in Deutschland mehr als die Hälfte nach Berlin (3,2 Mrd. Euro). Die IBB und ihre Schwesterunternehmen werden die Entwicklung neuer Ansätze bei den erneuerbaren Energien mit begleitenden Förderprogrammen wie SolarPLUS, der Förderung von solaren Balkonanlagen, oder der klassischen Finanzierung von Start-ups in diesem Bereich begleiten. Daneben wird die IBB in 2023 mit Förderungen und Nothilfen den Berliner Unternehmen zur Seite stehen, die unter den stark gestiegenen Kosten leiden.

Weiterhin werden der Klimawandel, der demografische Wandel sowie die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich wichtige Themen der kommenden Jahre bleiben. Diese Themen spielen für die Förderbank des Landes Berlin eine zunehmend wichtigere Rolle im Produktportfolio. Für die IBB ergeben sich daher in den nächsten Jahren viele neue Ansatzpunkte und Chancen, um diese gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu begleiten und voranzutreiben.

Entwicklung der Bank

Durch ihren spezifischen Auftrag wird die Bank in den Bereichen Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung weiterhin eine wichtige Rolle für den Standort Berlin einnehmen.

Gleichzeitig sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Geschäftsentwicklung der Bank auch in 2023 nach wie vor deutlich spürbar. Die abschließende Bearbeitung der Corona-Soforthilfen und damit die Abfederung der Auswirkungen der Pandemie werden weiterhin umfangreiche Ressourcen der Bank in Anspruch nehmen. Darüber hinaus wird die IBB vom Land Berlin arbeitsintensive Aufgaben im Zusammenhang mit der Energie-Preis-Krise übernehmen.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** gehen wir insbesondere geprägt durch die Bereitstellung großvolumiger Finanzierungszusagen im Bereich des Schulneubaus von einem deutlichen Anstieg des Neugeschäfts im Vergleich zum Vorjahr aus.

Wegen des unverändert angespannten Wohnungsmarktes und der anhaltenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wird auch im kommenden Geschäftsjahr die Finanzierung des Wohnungsneubaus ein Schwerpunkt der Geschäfts-

aktivitäten der IBB sein. Die Unterstützung der kommunalen Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und privaten Investoren bei der Schaffung von preisgünstigen Mietwohnungen mit Mitteln aus dem Wohnungsneubaufonds steht dabei im Fokus. Die IBB wird die Landesförderung auch weiterhin mit IBB-Förderprogrammen ergänzen.

Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** werden uns die Abarbeitung der bisherigen (v.a. Corona-Programme) und die Einführung weiterer Soforthilfeprogramme (Energiehilfen) erneut vor Herausforderungen stellen. Bei den Finanzierungszusagen im Darlehensgeschäft gehen wir (ohne Berücksichtigung von Sondergeschäften) insgesamt von einer Entwicklung analog des Vorjahres aus.

Den größten Anteil an den Finanzierungszusagen werden Darlehen und Avale für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen Berliner Unternehmen haben. Insbesondere in den Programmen „IBB-Wachstumsprogramm“ sowie „Berlin Infra“ und „Pro FIT“ werden die höchsten Neugeschäftsvolumina erwartet.

Auch in 2023 wird die IBB ein wichtiger Ansprechpartner im Bereich der Gründungs- und Mikrofinanzierung im Rahmen des KMU-Fonds für kleine sowie innovative Unternehmen sein.

Insgesamt rechnen wir bei den Zuschussprogrammen mit einer anhaltend hohen Nachfrage, die die Werte des Vorjahres voraussichtlich übertreffen werden. Das Zuschussprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird das wichtigste regionalpolitische Instrument Berlins zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen durch betriebliche Investitionen bleiben, während sich das Zuschussprogramm „Pro FIT“ weiterhin als das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung darstellt.

Das in 2019 etablierte Kommunalkreditgeschäft mit Gebietskörperschaften hat sich in 2022 über Erwarten positiv entwickelt. Für 2023 erwarten wir ein anhaltend lebhaftes Neugeschäft.

Nachdem im Geschäftsfeld der **Arbeitsmarktförderung** Ende 2022 erste Bewilligungen ausgesprochen werden konnten, wird in den insgesamt 16 Förderinstrumenten in 2023 eine hohe Nachfrage prognostiziert.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Entwicklungen erwartet die IBB für 2023 ein im Vergleich zum Vorjahr stabiles **wirtschaftliches Ergebnis** (ohne Berücksichtigung etwaiger EFRE-Zuschüsse und Eigenkapitalstärkungen aus dem Grundvertrag). Das **Zinsergebnis** wird durch die schwungvoll eingetretene Zinswende 2023 und die volkswirtschaftlich künftig erwartete Zinskurve deutlich positiv beeinflusst, v.a. bei der nunmehr wieder ertragreichen Anlage unverzinslicher Bestände und hinsichtlich des prospektierten Zinsaufwandes für Pensionsrückstellungen. Der Provisionsüberschuss wird aufgrund der hohen erwarteten Kostenerstattungen des Landes für die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für die Corona-Soforthilfen und das Geschäftsfeld Arbeitsmarktförderung, über dem Vorjahreswert prognostiziert.

Für 2023 wird in Bezug zum Vorjahr erneut ein deutlich erhöhter **Verwaltungsaufwand** prognostiziert. Auch in 2023 rechnet die Bank mit einer hohen Zahl an Neueinstellungen für verschiedenste Bereiche, sodass der Personalaufwand deutlich steigen wird. Die Neueinstellungen sind notwendig u.a. für die Bearbeitung von Dienstleistungen für das Land Berlin, zu einem großen Teil aber auch für die Umsetzung immer neuer regulatorischer Anforderungen. Zudem wird es temporär zu Doppelbesetzungen von Stellen unter demographischen Gesichtspunkten kommen. Die Kosten für die Altersvorsorge werden hingegen nach einem deutlichen Peak in 2022 aufgrund eines künftig höher erwarteten Rententrends auf einem gegenüber 2021 erhöhten Niveau verharren. Der Sachaufwand wird in 2023 noch einmal sehr deutlich steigen, was einerseits auf hohe Projektaufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen

Kernbanksystems zurückzuführen ist und andererseits auf hohe Aufwendungen im Zusammenhang mit der Anpassung an regulatorische Erfordernisse. Die **Cost-Income-Ratio** vor Förderleistung steigt damit im kommenden Jahr voraussichtlich auf rund 80%.

Die IBB geht im Rahmen der operativen Planung davon aus, dass sich das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** im kommenden Jahr auf gleichbleibendem Niveau entwickeln wird.

Die **Bilanzsumme** wird im kommenden Jahr nur geringfügig steigen. Die Gesamtkapitalquote wird für 2023 auf einem ähnlichen Niveau erwartet wie Ende 2022.

Durch ein gleichbleibend sehr gutes **IBB-Rating** geht die Bank davon aus, dass die notwendigen Refinanzierungsmittel unverändert problemlos am Kapitalmarkt beschafft werden können.

Entgegen den geplanten Ergebnissen für das Geschäftsjahr 2023 könnten sich aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, insbesondere aus einer länger als erwartet anhaltenden Ukraine- und Energiepreis-Krise, weitere **Chancen** und **Risiken** für die geschäftliche Entwicklung der IBB ergeben.

Eine anhaltende Ukraine- und Energiepreis-Krise kann zu einem erhöhten Ausfall von Darlehen in der Wirtschaftsförderung wie auch in der Immobilien- und Stadtentwicklung führen.

Inflationsbedingt weitere Zinserhöhungen könnten das Bewertungsergebnis und die Förder-Cost-Income-Ratio kurzfristig tendenziell negativ beeinflussen, längerfristig würde die IBB hingegen von weiter steigenden Zinsen profitieren.

Tendenziell würde ein verschlechtertes wirtschaftliches und politisches Umfeld zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan sowie zu höheren Wertberichtigungen führen.

Chancen ergeben sich unverändert bei Bonitätsverbesserungen der Engagements, die zu einer insgesamt geringeren Belegung des ökonomischen Kapitals für Adressenausfallrisiken führen würden. Daraus können sich verbesserte Geschäftsmöglichkeiten mit zusätzlichem Ertragspotenzial ergeben. Gleiches würde gelten, wenn die Ukraine- und Energiepreis-Krise sich schneller und durchgreifender löst als bislang erwartet.

In diesem Zusammenhang würden sich auch Chancen bei der bereits in der Planung eingepreisten Ermittlung erwarteter Verluste unter Berücksichtigung von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ergeben. Es besteht die Chance, dass die tatsächlich eintretenden Ausfälle geringer sind als erwartet. In diesen Fällen können höhere Zuführungen zu den Reserven erfolgen und damit die Deckungsmasse und die Risikotragfähigkeit gestärkt werden.

Eine Übernahme außerplanmäßiger Beauftragungen des Landes Berlin könnte zu zusätzlichem Ertragspotenzial führen und damit das erwartete wirtschaftliche Ergebnis stärken.

Abschließend erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2023 weiterhin einen soliden Geschäftsverlauf, ein konstantes wirtschaftliches Ergebnis sowie eine stabile Vermögens- und Finanzlage.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze soll sichergestellt werden, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgt in einer Risikoinventur, die mindestens jährlich oder anlassbezogen durchgeführt wird, unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der IBB. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risikocontrolling sind:

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der wesentlichen Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Gesamtbankrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt monatlich bzw. quartalsweise in Form eines Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken der Bank gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit:

- Adressrisiko, inklusive Länderrisiko,
- Spreadrisiko, inklusive Länderrisiko,
- Marktpreisrisiko,
- Operationelles Risiko und
- Liquiditätsrisiko.

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene der Gesamtbank erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Die Betrachtung berücksichtigt alle Risiken, unabhängig davon, ob sie Bilanzaktiva darstellen oder nicht bilanziert werden.

Risikotragfähigkeitskonzepte

Gemäß dem Leitfaden der BaFin „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“)“ erwartet die Aufsicht von den Instituten zwei verzahnte Perspektiven im Risikotragfähigkeitskonzept:

- Normative Sicht (Schutzziel Fortführung des Institutes) – die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Kapitalplanung.
- Ökonomische Sicht (Gläubigerschutz mit hohem Konfidenzniveau)

Die ökonomische Risikotragfähigkeit wird monatlich und anlassbezogen berechnet. Hierzu werden die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99,9 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt.

Im Berichtsjahr 2022 wurde folgende wesentliche Änderung im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Anpassungen Modell Refinanzierungskostenrisiko im Kontext der Messung des Liquiditätsrisikos
- Berücksichtigung IT-Risikozuschlag im Kontext operationelle Risiken
Methodik-Wechsel Immobiliengeschäftsrating (Überarbeitung des Ratingverfahrens Immobiliengeschäftsrating (IGN) durch den Anbieter Sparkassen Rating- und Risikosysteme (SR))

Zum 31.12.2022 betrug die Auslastung des ökonomischen Risikodeckungspotenzials 37,3% und fiel im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Prozentpunkte. Die genaue Änderung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige marktinduzierte Effekte, Bestandsänderungen sowie auf die Modelländerungen zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Auslastung der Risikotragfähigkeit reduziert, was im Wesentlichen auf eine Umfinanzierung von zwei überdurchschnittlich großen langlaufenden Darlehen und dem damit verbundenen Wegfall der Abzüge für potentielle Kündigungen nach § 489 BGB zurückzuführen ist. Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2022 sowohl in normativer als auch ökonomischer Perspektive zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Ökonomische Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin (Einzelinstitut) in Mio. Euro

	31.12.2022		31.12.2021	
Risikolimit	1.503,3	100%	1.212,3	100%
Adressrisiko	233,5		343,8	
davon Kreditrisiko	179,5		308,0	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	53,9		35,8	
Spreadrisiko	102,2		107,9	
Marktpreisrisiko	181,2		92,3	
Operationelles Risiko	29,9		18,2	
Liquiditätsrisiko	14,3		0,0	
Gesamtbankrisiko	561,0	37,3%	562,1	46,4%

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird regelmäßig ein breites Spektrum an Stresstests für alle wesentlichen Risiken durchgeführt. Unter anderem werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in historischen, hypothetischen und inversen Szenarios abgebildet. Die Ergebnisse der Stresstests werden quartalsweise im Rahmen des Risikoberichtes dargestellt. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogen Stresstests durchgeführt. Bei allen durchgeführten Stressszenarien wurden die bestehenden Limite eingehalten.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der ökonomischen Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Die Limite für die normative Perspektive ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Adressrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Im Rahmen der jährlichen Validierung werden die Angemessenheit des Risikomodells, die Portfoliodaten, die Parameter sowie die Kalkulationseinstellungen überprüft. Im Berichtsjahr 2022 war aus der Validierung keine Ableitung von Maßnahmen notwendig.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99,9 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, das ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risikocontrolling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditmanagement überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Risikokomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Die IBB nutzt im nennenswerten Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Realsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken.

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Krediten nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dessen ungeachtet Gegenstand des Kreditrisikomanagement-Prozesses.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	< 0,4	0,6 bis 4,4	6,7 bis 45,0	Ausfall	6,6

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment / Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt	mCVaR [1]
Wirtschaftsförderung	4.127,9	67,7	440,9	53,7	17,3	4.707,5	38,9
Mietwohnungsbau	6.999,6	704,5	1,1	28,9	62,3	7.796,4	138,0
Eigentumsmaßnahmen	59,3	179,7	3,8	6,6	0,9	250,3	2,7
Inanspruchnahme Gesamt	11.186,7	952,0	445,7	89,3	80,5	12.754,2	179,5
in %	87,7	7,5	3,5	0,7	0,6	100,0	
(marginaler) CVaR	122,9	46,2	7,3	0,0	3,1	179,5	
in %	68,4	25,7	4,1	0,0	1,8	100,0	

Das Kreditrisiko, gemessen als marginaler Credit Value at Risk (mCVaR), hat sich ggü. dem Vorjahr von 308,0 Mio. Euro auf 179,5 Mio. Euro reduziert. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf Ratingänderungen, Verschiebungen in den Risikoverbundstrukturen und einem deutlichen Anstieg der Zinsstrukturkurve zurückzuführen. Ratingänderungen im Immobiliengeschäftsrating sind zum Teil auf einen Methodik-Wechsel im Immobiliengeschäftsrating zurückzuführen.

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. Euro

Segment / Rating	1–5	6–11	12–15	16–18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	24,7	2,3	1,0	1,4	117,6	146,9
Mietwohnungsbau	1.531,5	554,5	0,0	37,3	172,0	2.295,3
Eigentumsmaßnahmen	3,4	3,1	0,6	0,8	0,2	8,1
Inanspruchnahme Gesamt	1.559,6	559,9	1,6	39,4	289,8	2.450,3
in %	63,6	22,9	0,1	1,6	11,8	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2.548,7 Mio. Euro auf 2.450,3 Mio. Euro reduziert.

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Banksteuerung- und Treasuryportfolios. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Bermudanische Swaptions dienen der Steuerung der Risiken aus impliziten Kündigungsoptionen. Gegenüber allen Derivate-Kontrahenten bestehen Risikominderungsvereinbarungen (Collateral Management).

Inanspruchnahme Banksteuerung- und Treasuryportfolio nach Ratingklassen in Mio. Euro

Rating	1–5	6–11	12–15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	mCVaR
IA Gesamt	6.854,1	0,0	0,0	0,0	0,0	6.854,1	53,9

Das Emittenten- und Kontrahentenrisiko hat sich gegenüber dem Vorjahr von 35,8 Mio. Euro auf 53,9 Mio. Euro erhöht.

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Problemkrediten erfolgt in dem Bereich Kreditmanagement. Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Wertberichtigungen für Forderungen und Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte Rechnung getragen. Für erkennbare Adressrisiken bei signifikanten Forderungen werden Einzelwertberichtigungen und bei nicht signifikanten Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Höhe der Einzelwertberichtigung wird durch Abzug des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge vom Buchwert der Forderung ermittelt. Die Höhe der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird durch Multiplizieren des Buchwerts mit einer erwarteten Ausfallrate (loss given default) ermittelt. Für latente Risiken im Forderungsbestand werden Pauschalwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit, einer Ausfallrate und dem potentiell ausfallenden Kapital gebildet.

Der gesamte Risikovorsorgebestand (ohne § 340f und § 340g HGB) erhöht sich im Berichtsjahr von 38,6 Mio. Euro auf 48,0 Mio. Euro.

Risikovorsorgebestand im Kreditgeschäft in Mio. Euro

	31.12.2022	31.12.2021
Einzelwertberichtigungen	15,8	13,7
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	2,6	2,4
Portfoliowertberichtigungen	22,3	18,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	7,3	4,1
Risikovorsorge Gesamt	48,0	38,6

Für die allgemeinen Bankrisiken bestehen darüber hinaus Vorsorgereserven gemäß § 340f und § 340g HGB.

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg.

Spreadrisiken entstehen für die Bank aus Positionen des Banksteuerungs- und Treasuryportfolios sowie den Fördergeschäften der Kapitalmarktpartner. Sie werden innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR), gerechnet mit einem 99,9 %-Konfidenzniveau bei einem Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen in Mio. Euro

Rating		1	2 – 3	4 – 7	8 – 12	13 – 15	Gesamt
	AAAA/ AAA	AA+/AA-	A+/A/A-				
Banken und Versicherungen Inlands	8,3	3,5	5,3	1,7	0,1	0,0	18,9
Banken und Versicherungen Auslands	2,9	16,2	24,7	2,9	1,2	0,0	47,9
Öffentliche Hand Inland	11,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,3
Öffentliche Hand Ausland	2,4	5,5	6,3	0,0	0,0	0,0	14,3
Corporates	0,0	0,1	2,3	3,8	3,3	0,2	9,8
Summe CSVaR	24,9	25,4	38,6	8,5	4,6	0,2	102,2

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungs- und Volatilitätsrisiken. Währungs-, Aktien- und Rohwarenrisiken übernimmt die Bank nicht.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt im Bankbuch der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % bei einem Risikohorizont von 250 Tagen mittels Historischer Simulation. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos und Bermudanische Swaptions als Hedge-Instrument für Kreditgeschäfte mit Kündigungsoptionen nach § 489 BGB eingesetzt. Im Treasuryportfolio erfolgt die Absicherung in Form von Mikro-Hege Beziehungen. Im Förderkreditportfolio erfolgt die Absicherung auf Portfolioebene. Zum Bilanzstichtag 31.12.2022 betrugen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 507,3 Mio. Euro. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen in der täglichen Steuerung durch Sensitivitätsanalysen und den aufsichtsrechtlichen Zinsschocks sowie Stressszenarien.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. In der Risikostrategie wurde für den aufsichtsrechtlichen Grenzwert eine Obergrenze in Höhe von 20 % gemäß Baseler Zinsschock definiert. Diese wurde im Geschäftsjahr 2022 zu keiner Zeit überschritten.

Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2022 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Teilrisiken in Mio. Euro

Teilrisiko	31.12.2022	31.12.2021
Limitauslastung Marktpreisrisiko	65,9%	75,6%
Marktpreisrisiko	181,2	92,3
Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch	179,5	90,2
Volatilitätsrisiken	1,7	2,1

Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeit) oder dass Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen aufgenommen werden können (Refinanzierungsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis zu gewährleisten. Um auch in Stressphasen über eine stabile Liquiditätssituation zu verfügen, hat sich die Bank das Ziel einer 1-monatigen Survival Period ohne Rückgriff auf den Geld- und Kapitalmarkt gesetzt. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Bankbuch inkl. Treasury der IBB. Dieses verfügt darüber hinaus über einen Liquiditätsnotfallplan.

Die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer ermöglichen der Bank eine Privilegierung nach Artikel 116 Abs. 4 CRR (früherer Solva-0-Status). Damit war die IBB auch im Jahr 2022 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung ist sowohl die Liquidity Coverage Ratio (LCR), die Net Stable Funding Ratio (NSFR), als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und

Liquidität gemäß CRR und KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Zur Liquiditätsbeschaffung hat die IBB im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von rd. 2,9 Mrd. Euro durchgeführt. Ergänzt durch die Verstärkung der Investorenarbeit war der IBB im Jahr 2022 somit jederzeit eine ausreichende und zinsgünstige Refinanzierung zur Unterstützung des Fördergeschäftes möglich.

Zur Refinanzierung der Förderprogramme setzt die Investitionsbank Berlin daneben Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Berlin ein.

Das Liquiditätsrisiko erhöhte sich im Berichtsjahr durch Modellanpassungen bei der Risikomessung. Der Betrachtungshorizont wurde von 5 Jahren auf die Totalperiode erweitert.

Liquiditätsrisiko im Sinne des Refinanzierungskostenrisikos (Einzelinstitut) in Mio. Euro

Liquiditätsrisiko	31.12.2022	31.12.2021
Limitauslastung Liquiditätsrisiko	71,3%	0,0%
Liquiditätsrisiko	14,3	0,0

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das operationelle Risiko beinhaltet als Unterart auch das IT- und Informationsrisiko. Das IT- und Informationsrisiko ist die spezielle Gefahr von Verlusten infolge von Risiken zur Erfüllung des Wertbeitrags der IT, bei der Umsetzung von IT-Projekten oder IT-Changes sowie aus dem IT-Betrieb und der Bereitstellung der IT-Dienstleistungen.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC)

Das operationelle Risiko wird in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet. Der Wert betrug zum 31.12.2022 29,9 Mio. Euro. Für Stressszenarien werden Daten aus der internen Schadensfallsammlung und Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR) herangezogen.

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der aufsichtlichen Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- oder Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Risikokonzentrationen informiert.

In der IBB werden für das Adress- und Spreadrisiko wesentliche Risikokonzentrationen anhand von Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken (Adress- bzw. Spreadrisiken) identifiziert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Adressrisikokonzentrationen im Segment Mietwohnungsbau sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB und entsprechen sowohl der Geschäfts- als auch der Risikostrategie.

Im Kontext der eingegangenen Spreadrisiken liegen Risikokonzentrationen in den Branchen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie der Öffentlichen Verwaltung vor. Dabei handelt es sich um gewünschte Konzentrationen, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergeben. Darüber hinaus besteht eine Länderkonzentration für Frankreich.

Adresse	BKB	CSVaR
Frankreich	692,4	13,3

Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-)Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Zinsänderungsrisiko weist in den Laufzeitbändern über 15 Jahren eine Passivkonzentration aus, die hauptsächlich durch die Pensionsverpflichtungen entsteht. Dem gegenüber steht eine Aktivkonzentration im 10-Jahres-Laufband.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der laufenden Analyse der gemeldeten Schadensfälle ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisationsebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Unternehmens angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess liegt in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und Controlling und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert.

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling.

Der Rechnungslegungsprozess wird durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den betriebsinternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung sowie das Reporting für die mit dem Rechnungslegungsprozess verbundenen Risiken erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

Die IT-Risiken werden jährlich anhand einer IT-Risikoinventur bewertet, Gegenmaßnahmen zur Risikooptimierung definiert, vierteljährlich im Rahmen der Risikoberichterstattung an den Vorstand und Verwaltungsrat berichtet und u. a. zur Entwicklung der IT-Strategie herangezogen. Außer dem Betriebsrisiko beeinflussen auch das Nutzen-/Wertbeitragsrisiko und das Projektrisiko für IT-

relevante/-strategische Themen die Gesamtbewertung und ermöglichen verlässliche Prognosen für IT-relevante Entscheidungen.

Der Prozess zum IT-Risikomanagement soll vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Informationsrisikomanagements in der IBB, in dem insbesondere den Fachbereichen eine größere Bedeutung bei der Bewertung der Risiken zukommt, in 2023 neu ausgerichtet werden.

Die System- und Betriebsrisiken werden über ein Monitoring der Einhaltung von Service-Level-Vereinbarungen gesteuert. Dabei sind verbindliche KPIs hinterlegt, die regelmäßig im Bereich IT auf Handlungsempfehlungen hin geprüft werden. IT-Risiken aus Hardware- und/oder Softwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware, umfangreiche Datensicherungen der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit definierter Reaktionszeit). Alle Anwendungen sind darüber hinaus mit Schutzklassen hinsichtlich der Informationssicherheit versehen worden, die jährlich im Rahmen der Gegenüberstellung von Schutzbedarf und vorhandenem Schutzniveau überprüft werden.

Auch im Geschäftsjahr 2022 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Back-up-Rechenzentrum und eine Notstromversorgung sowie Lösungen zur Hochverfügbarkeit der Softwareprodukte zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch entsprechende Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone) vom Hausnetz abgeschottet und durch mehrstufige Firewalls abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Sofern Schadsoftware dennoch auf einen IBB-internen Rechner gelangt, erfolgt hier die Eliminierung durch den Einsatz unterschiedlicher Virens Scanner. Dies wird täglich kontrolliert und dokumentiert. In 2022 gab es keinen Schaden durch sicherheitsrelevante Vorfälle. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen getestet. Proaktiv führt die IBB zusätzlich – über externe Spezialisten – Penetrationstests mit Angriffssimulationen durch, um die Robustheit der getroffenen Sicherheitsvorkehrungen zu testen.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschrifts- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Basis der Regelungen und Verfahren sind die Vorgaben des Bundesamtes für Informationssicherheit (BSI) sowie gängige Standards für die IT (ITIL, CoBIT). Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich weiterentwickelt und gewährleistet.

Die Einhaltung der Regelungen zur Informationssicherheit (ISMS) wird in der IBB durch den Informationssicherheitsbeauftragten überwacht.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Notfall- und Krisenmanagement.

Im Rahmen des Quartalsrisikoreports zum OpRisk werden die IT-Sicherheits- und Betriebsrisiken dargestellt.

Im Rahmen einer Prüfung durch die Bankenaufsicht ergab sich hinsichtlich der Sollvorgaben für die Informationssicherheit sowie des damit verbundenen Informationsrisikomanagements grundlegender Handlungsbedarf, den die Bank im Rahmen eines abgestimmten Umsetzungsplans abarbeiten wird. Neben dem Ausbau der Ressourcen für die 2nd-Line wurde auch konsequentere Unabhängigkeit vom Bereich IT eingefordert. Entsprechende organisatorische Änderungen wurden etabliert und in 2022 weiter ausgebaut. Auch wird eine stärkere Verantwortungsübernahme durch die Fachbereiche hinsichtlich der Ausgestaltung der Informationssicherheit und ggf. erforderlichen Risikobeurteilung und Risikoübernahme etabliert. Auch hinsichtlich des Notfallmanagements unterstützt eine unabhängige Stelle die Fachbereiche bei der Ausgestaltung ihrer Notfallszenarien.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung, Risiken aus Verträgen und Bescheiden und Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe der Stabseinheit Recht im Bereich Recht, die auf Basis einer internen Arbeitsanweisung die Prozessführung, das Vertragswesen und die allgemeine Rechtsberatung für die Bank gewährleistet. Zur Minimierung der Rechtsrisiken werden der Vorstand und alle Bereiche und Abteilungen der IBB durch die Stabseinheit Recht unterstützt. Risiken aus bekannten an die Bank herangetragenen Rechtsfragen werden durch Rückstellungen abgedeckt.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen (zum Beispiel durch Änderung der Rechtsprechung) eintreten oder Fehler unterlaufen sind, wirkt die Stabseinheit Recht an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Nachteile bzw. Fehler mit. Dabei übernimmt sie die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuert eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs vom 27. April 2021 (AZ: XI ZR 26/20) zum AGB-Änderungsmodus der Banken hat keine berichtenswerten Folgen für die IBB nach sich gezogen. Die IBB betreibt als Förderbank des Landes Berlin aufgrund von Beschränkungen in ihrem Errichtungsgesetz kein Einlagen- und Depotgeschäft, außerdem regelt sie Bepreisungen nicht in den AGBs.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den regulatorischen und betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird mindestens einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der

Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind sowie den Anforderungen aus der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV), den Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp), den Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik der EBA sowie den weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 63 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen und Risiken in einem nach wie vor krisenhaften Umfeld (Nach-Corona-Phase, Ukraine-Konflikt, Energiepreisschock) hat der Vorstand der IBB die besonderen Maßnahmen aus der Corona-Zeit fortgeführt. Es gibt weiterhin zwei Corona-Beauftragte, welche eine steuernde und beratende Funktion innerhalb der IBB wahrnehmen. Die Corona-Beauftragten informieren regelmäßig den Corona-Krisenstab (unter Beteiligung des Vorstands der IBB) über die aktuelle Situation auf Bundes- und Landesebene sowie innerhalb der IBB und beraten gemeinsam mit diesem über die Anpassung bestehender sowie die Notwendigkeit neuer Maßnahmen. Darüber hinaus wurde mit dem Personalrat eine Dienstvereinbarung „Mobiles Arbeiten“ abgeschlossen, die den Beschäftigten eine hohe Flexibilität in Bezug auf Arbeitszeit und -ort ermöglicht. So soll den besonderen Herausforderungen von Beruf, persönlicher Gesundheit und Privatem (zum Beispiel der Kinderbetreuung) nachhaltig Rechnung getragen werden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2022 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 19,8% und 20,4% und lag damit über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Gesamtrisikolimits schwankte im Berichtsjahr zwischen 37,3% und 47,6%. Ursächlich für die Veränderungen in der Auslastung waren die im Abschnitt "Risikotragfähigkeitskonzepte" dargestellten wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem und das geänderte Marktumfeld.

Berlin, den 28. Februar 2023

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Investitionsbank Berlin, Berlin

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Investitionsbank Berlin, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Investitionsbank Berlin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Investitionsbank Berlin zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Investitionsbank Berlin. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-

APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Investitionsbank Berlin unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die Angemessenheit der Bemessung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im Kreditgeschäft im Eigenrisiko der Investitionsbank Berlin

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs. Bezüglich des Managements problembehafteter Engagements verweisen wir auf Abschnitt „Gefährdete Engagements und Risikovorsorge“ des Lageberichts.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Investitionsbank Berlin weist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 12.764 Mio aus, was rd. 61,5 % der Bilanzsumme entspricht. Für ausfallgefährdete und ausgefallene Kreditengagements, die dem risikorelevanten Geschäft zugeordnet werden, ermittelt die Bank die Risikovorsorge mithilfe einer Einzelfallbetrachtung. Zur Bevorsorgung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft hat die Bank zum 31. Dezember 2022 Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 15,8 Mio gebildet.

Im Rahmen der Bevorsorgung von Kreditrisiken erfordert insbesondere die Ermittlung der Einzelwertberichtigung zukunftsorientierte Schätzungen über erwartete Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsansprüchen, die unter Berücksichtigung von wertbestimmenden Parametern und Annahmen erfolgen und in hohem Maß mit Ermessen behaftet sind. Die Ermessensentscheidungen haben einen bedeutsamen Einfluss auf die Höhe der erforderlichen Wertberichtigung. Dabei könnten die bei der Ermittlung herangezogenen Annahmen und Parameter nicht angemessen bestimmt worden sein, sodass die gebildete Einzelwertberichtigung nicht im Einklang mit den Rechnungslegungsanforderungen steht und dadurch die Forderungen an Kunden im Kreditgeschäft im Eigenrisiko der Investitionsbank Berlin falsch bewertet werden. Bei den Geschäften, die nicht im Risiko der Investitionsbank Berlin liegen, handelt es sich um öffentlich verbürgte Förder- und Kreditgeschäfte. Daher war es bei unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, Nachweise zu erlangen, dass die wertbestimmenden Parameter insgesamt angemessen bestimmt und die getroffenen Annahmen sachgerecht abgeleitet wurden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Unter Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns ein Verständnis über die Entwicklung des Kreditportfolios betreffend die Forderungen an Kunden im Eigenrisiko der Bank, die damit verbundenen adressausfallbezogenen Risiken, die verwendeten Methoden und Modelle sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Adressausfallrisiken im betreffenden Kreditportfolio verschafft.

Im zweiten Schritt haben wir für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems Befragungen durchgeführt sowie Einsicht in die relevanten Unterlagen genommen. Anschließend haben wir uns von der Implementierung und Wirksamkeit der relevanten Kontrollen, die die Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung sowie die sachgerechte Ableitung der wertbestimmenden Annahmen und Parameter gewährleisten sollen, überzeugt. Für die dabei zum Einsatz kommenden IT-Systeme und Verfahren haben wir die Angemessenheit und Wirksamkeit der System- und Anwendungssteuerung unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Wir haben uns schließlich anhand einer überwiegend an risikoorientierten Kriterien ausgerichteten bewussten Auswahl von Kreditengagements im Eigenrisiko der Investitionsbank Berlin davon überzeugt, dass die für die Bewertung der Kredite zugrunde liegenden Parameter angemessen bestimmt und die Annahmen für Kreditengagements dieser Auswahl auf sachgerechte Weise abgeleitet waren. Die Verlässlichkeit der zugrunde gelegten Auswahlkriterien haben wir anhand einer repräsentativen Einzelfallstichprobe beurteilt. Soweit in diesen Fällen Einzelwertberichtigungen zu bilden waren, haben wir diese auch rechnerisch nachvollzogen und die zutreffende Erfassung im Rechnungslegungssystem geprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die der Berechnung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden im Kreditgeschäft im Eigenrisiko der Investitionsbank Berlin zugrunde liegenden Annahmen und Parameter der Bewertung wurden sachgerecht ausgewählt, angewendet und bei der Schätzung der zu erwartenden Rückflüsse im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten nichtfinanziellen Konzernbericht, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem den uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellten Geschäftsbericht. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen – sobald sie verfügbar sind – zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank Berlin vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Investitionsbank Berlin zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Investitionsbank Berlin vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Investitionsbank Berlin zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der

Investitionsbank Berlin vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Investitionsbank Berlin abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Investitionsbank Berlin zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Investitionsbank Berlin ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entspre-

chendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Investitionsbank Berlin vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Investitionsbank Berlin.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „02-03-2023-15-35_xbri_file“ (SHA256-Hashwert: DC22D9495084F 5CA9000AB5F 35FC1B82C7416175FA8D54836433B3D62BE4FC03) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und

des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist nachstehend weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Die gesetzlichen Vertreter der Investitionsbank Berlin sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Investitionsbank Berlin verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 31. März 2022 zum Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 26. August 2022 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2019 als Abschlussprüfer der Investitionsbank Berlin tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Lars Protze.

Berlin, den 3. März 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Lars Protze
07.03.2023



Alexander Koch
07.03.2023

Protze
Wirtschaftsprüfer

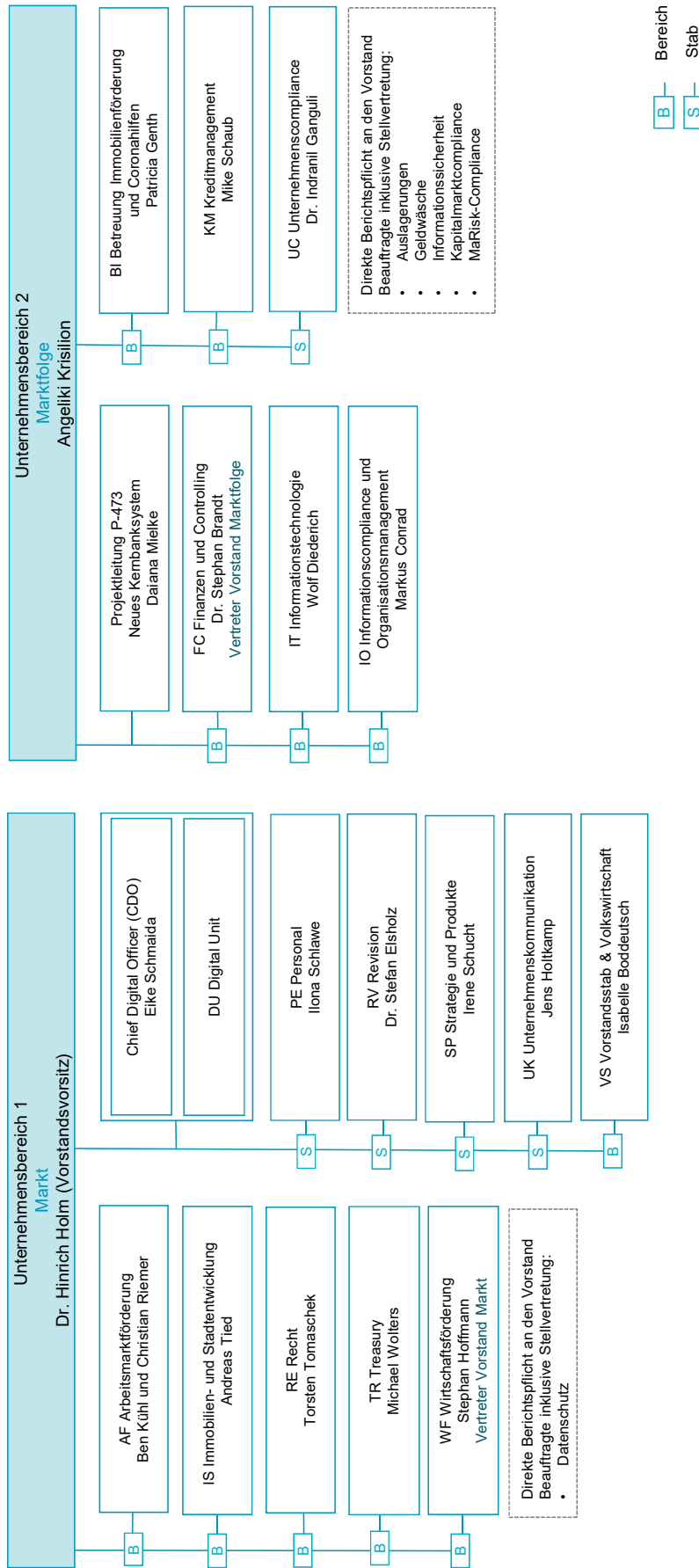
Koch
Wirtschaftsprüfer



Entsprechenserklärung für das Geschäftsjahr 2022

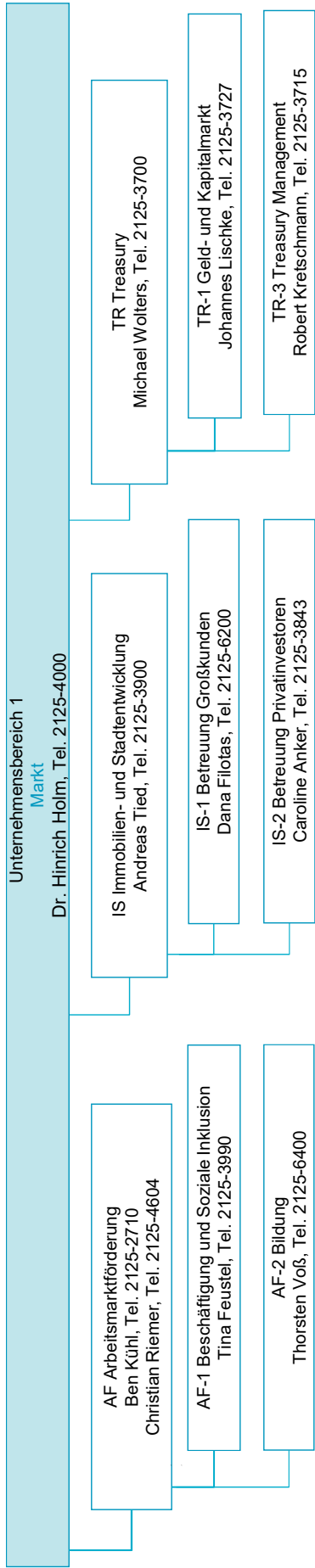
Der Verwaltungsrat und der Vorstand der IBB wenden den Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin herausgegebenen Fassung an und erklären, dass diesem im Berichtsjahr 2022 entsprochen wurde und in Zukunft entsprochen werden soll.

Organigramm der IBB



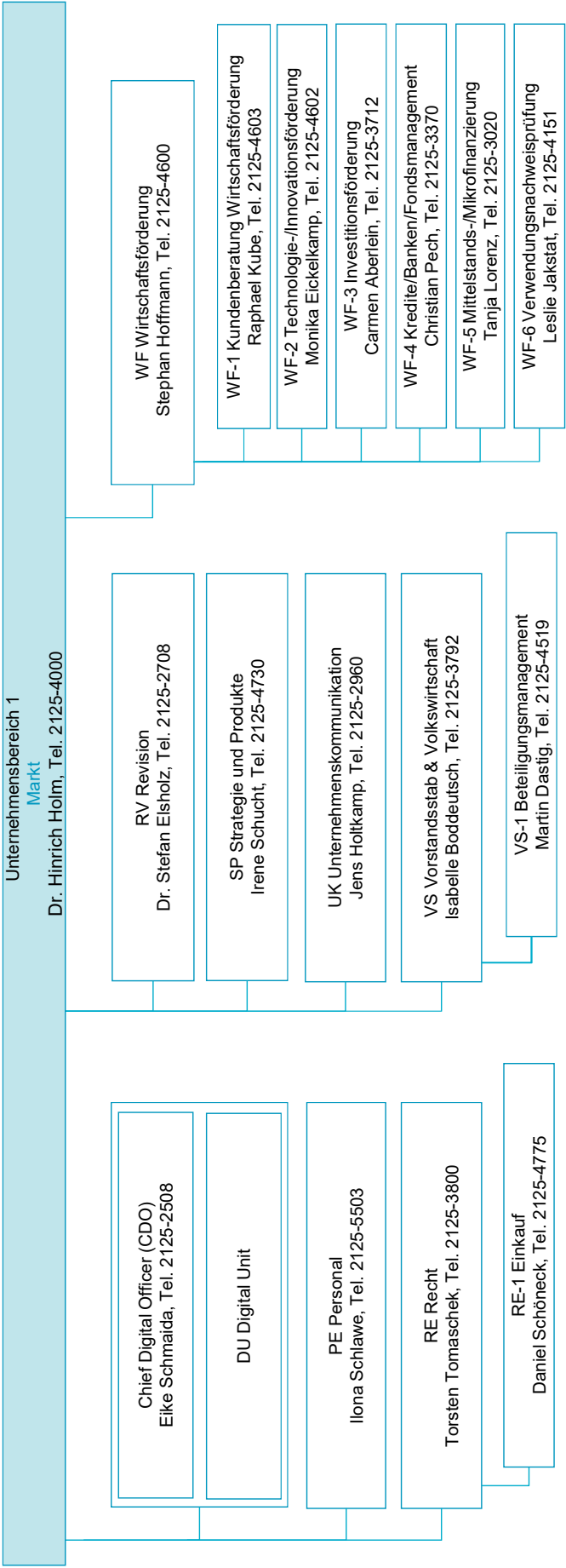
Organigramm der IBB per 01.12.2022

IBB - Unternehmensbereich 1



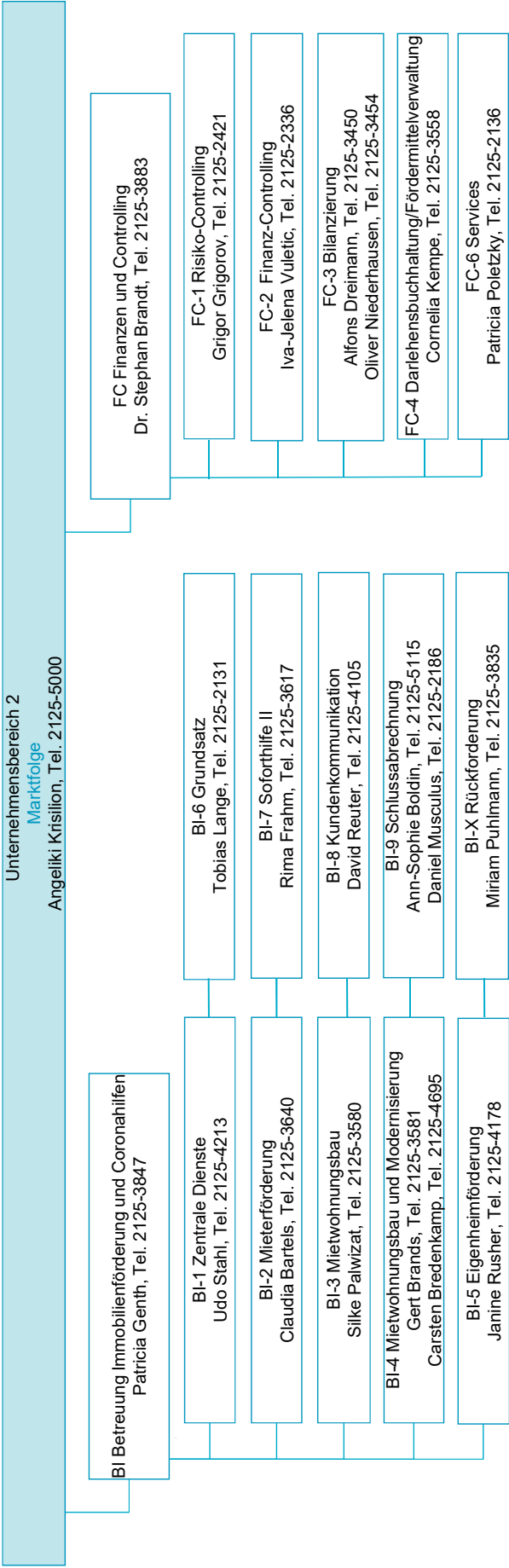
Organigramm der IBB per 01.12.2022

IBB - Unternehmensbereich 1



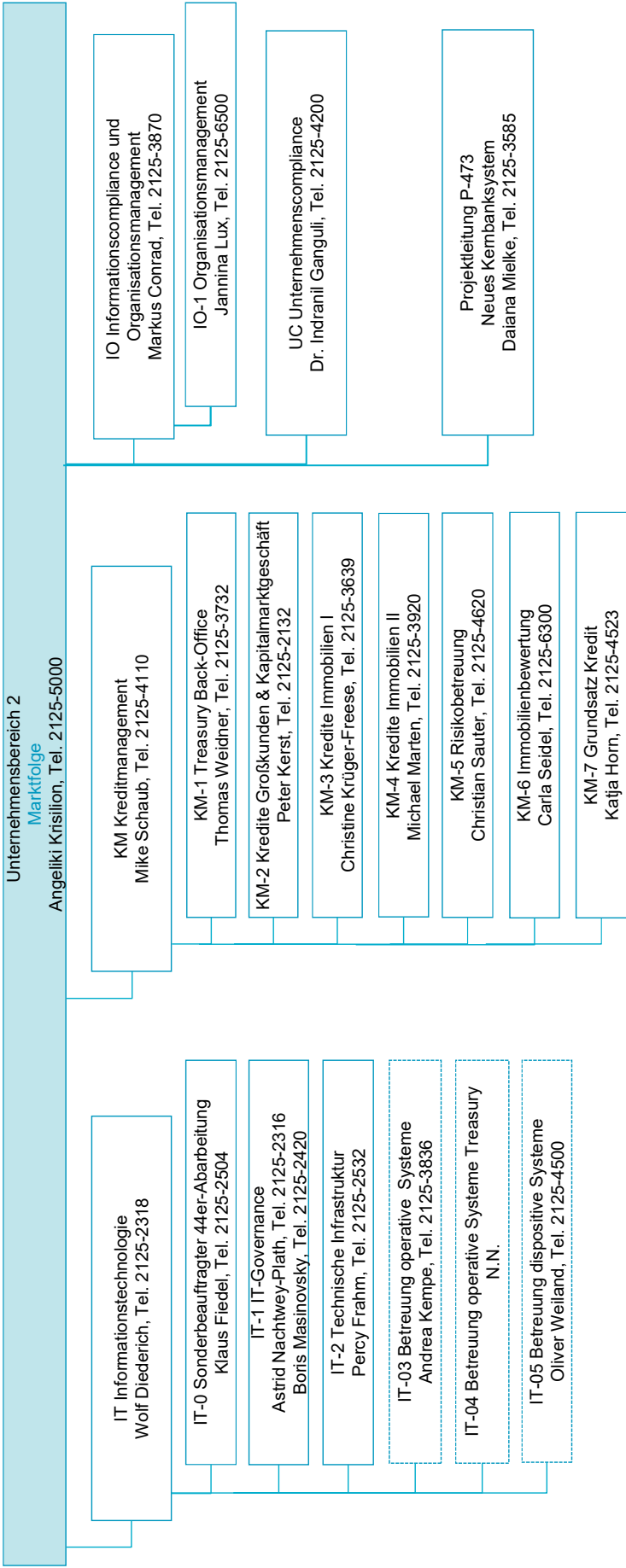
Organigramm der IBB per 01.12.2022

IBB - Unternehmensbereich 2



Organigramm der IBB per 01.12.2022

IBB - Unternehmensbereich 2



Organigramm der IBB per 01.12.2022

----- Team

Bericht des Verwaltungsrats der IBB für das Geschäftsjahr 2022

Der Verwaltungsrat hat die ihm per Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Die Arbeit des Verwaltungsrats wurde durch den Risiko- und Prüfungs-, den Nominierungs- und den Vergütungskontrollausschuss unterstützt. Der Verwaltungsrat trat im Berichtsjahr zu vier ordentlichen und drei außerordentlichen Sitzungen zusammen.

Im Zuge der Abgeordnetenhauswahlen von Berlin vom 26.09.2021 wurden am 07.03.2022 die Verwaltungsratsmitglieder Senator Stephan Schwarz (Vorsitzender), Senator Andreas Geisel (stellvertretender Vorsitzender) und Senator Daniel Wesener durch die Trägerversammlung als Nachfolger für Frau Senatorin Ramona Pop a. D. sowie die Senatoren Sebastian Scheel a. D. und Dr. Matthias Kollatz a. D. bestellt.

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste Berichte zu der Geschäfts- und Ergebnisentwicklung, der strategischen Ausrichtung der Bank, der Risikosituation, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die IBB sowie den Implikationen der Entwicklungen an den Kapitalmärkten auf die Ertrags-, Liquiditäts- und Risikosituation der Bank. Insbesondere hat der Vorstand über die Geschäfts-, Risiko-, IT- und Vergütungsstrategie berichtet und diese mit dem Verwaltungsrat erörtert. Zudem wurden die Berichte zur Tätigkeit der Revision, der Compliance sowie der Bericht zur Überprüfung der Vergütungssysteme vorgelegt.

Auch die Herausforderungen für die IBB, die mit der Übernahme der zahlreichen Corona Soforthilfe-Programme verbunden sind, sowie potentielle weitere Unterstützung des Landes Berlin im Rahmen weiterer Energiehilfe-Programme wurden im Verwaltungsrat eingehend beraten.

Darüber hinaus hat der Vorstand im Risiko- und Prüfungsausschuss detailliert über die Durchführung der routinemäßigen Sonderprüfungen der Bankenaufsicht berichtet und die Ergebnisse beraten. Der Nominierungsausschuss befasste sich neben der regelmäßigen Evaluierung des Verwaltungsrats sowie des Vorstands gemäß § 25d KWG insbesondere mit der Eignungsprüfung neuer Verwaltungsratsmitglieder mit Blick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie mit der Weiterentwicklung der stetigen Qualifizierung des Verwaltungsrats durch Fortbildungen.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse waren die intensive Erörterung der Ertragslage der Bank im Rahmen der Zinswende und deren Auswirkungen auf die Mittelfristplanung sowie die Eigenkapitalausstattung der Bank.

Der Fortgang des durch die Staatsanwaltschaft von Berlin eröffneten Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Durchführung der Soforthilfe II wurde im Verwaltungsrat kontinuierlich intensiv erörtert. Der Verwaltungsrat hatte in Bezug auf das Ermittlungsverfahren festgestellt, dass die Durchführung des Soforthilfeprogramms im Einklang mit den Beschlussfassungen auf Bundesebene und im Rahmen zugrundeliegender Senatsbeschlüsse erfolgte und der Vorstand bei der Umsetzung den Vorgaben und Absprachen mit dem Senat von Berlin in jeder Hinsicht Rechnung getragen hat. Die zwischenzeitliche Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft unterstreicht seine Feststellung.

Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat die europaweite Ausschreibung eines Optionsvertrags für die Jahresabschlussprüfungen 2023-2027 beschlossen und das Verfahren unter Berücksichtigung der regulatorischen Vorgaben durchgeführt.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Verwaltungsrat jeweils regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Beratungen.

Im Berichtszeitraum haben zwei Mitglied des Risiko- und Prüfungsausschusses zu einem Sachverhalt einen potentiellen Interessenkonflikt offengelegt und an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nahm die gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2022 vor. Im Ergebnis der Prüfung wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat nahm nach vorheriger Befassung im Risiko- und Prüfungsausschuss das Ergebnis der Abschlussprüfung in seiner Sitzung am 30.03.2023 zur Kenntnis. Einwände gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der IBB wurden nicht erhoben. Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2022 fest.

Die IBB weist nach Zuführung in Höhe von 15 Mio. EUR in den Berlin-Förder-Fonds (§ 340g HGB) zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes einen Jahresüberschuss in Höhe von 38,6 Mio. EUR aus. Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt gemäß § 11 Abs. 2 Ziffer 3 des IBB-Gesetzes die Trägerversammlung der IBB. Der Verwaltungsrat schlägt der Trägerversammlung vor, den Jahresüberschuss für den Betrag in Höhe von 29,0 Mio. EUR vollständig zu thesaurieren und der Zweckrücklage der IBB zuzuführen. Der Restbetrag in Höhe von 9,6 Mio. EUR soll an die IBB Unternehmensverwaltung ausgeschüttet werden.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiter:innen der IBB für ihre engagierte Arbeit in einem herausfordernden Geschäftsjahr 2022 und, dass sie einmal mehr die Bedeutung einer leistungsfähigen Förderbank für die Berliner Wirtschaft in Zeiten der Krise unter Beweis gestellt haben.

Berlin, 30. März 2023



Investitionsbank Berlin

Key Rating Drivers

Owner Support Drives Ratings: Investitionsbank Berlin's (IBB) Issuer Default Ratings (IDRs) of IBB are based on shareholder support from the bank's ultimate owner, the federal State of Berlin (AAA/Stable/F1+). Berlin provides an explicit and direct guarantee for IBB's liabilities and a maintenance obligation (Anstaltslast), which ensures its continuation as an economic entity. The owner's very strong ability and very high propensity to support IBB drive the equalisation of the bank's ratings with those of Berlin.

Unlike its German development bank peers, IBB does not benefit from a statutory guarantor liability (Gewährträgerhaftung). This does not weaken Berlin's support, in Fitch Ratings' view. The Stable Outlook on IBB's Long-Term IDR mirrors that on the bank's owner and guarantor given that the nature of the support from Berlin is unlikely to change due to IBB's strategic role in the state's economy.

Ratings Aligned with Germany's: As a fully state-owned bank, IBB's ratings are indirectly linked to the German sovereign ratings. This is because the ratings of the German Länder (federal states), including Berlin, are linked to those of Germany on the back of a strong mutual support system between the Länder and extensive financial equalisation among them, together with the solidarity principle.

Regional Development Bank: IBB is a public-law institution and its primary policy mandate is to support the economic, social and environmental development of Berlin by providing promotional funding and grants. IBB's activities include the provision of housing loans, of which a significant share is funded by Berlin, as well as funding for urban and economic development projects, including venture capital. The bank also funds special projects for its owner on request and manages the distribution of European structural funds in the region.

Support Compliant with EU Rules: Similar to those of its German peers, IBB's business model complies with EU state-aid rules as it exclusively undertakes non-competitive activities. A state guarantee framework agreed in 2002 by Germany and the European Commission allows German public development banks to receive state support.

Legal Insolvency Protection: IBB is insolvency-remote by law and, in line with its peers, is not subject to capital requirement regulation (CRR). It is exempt from the Single Resolution Mechanism, the Recovery and Resolution Act and the Restructuring Fund Act.

Funding Access Benefits from Guarantee: Banks and insurance companies investing in IBB's debt benefit from 0% regulatory risk-weighting and level one treatment for their liquidity coverage ratio. This reflects Berlin's guarantee and provides IBB with reliable access to debt markets. Its funding mix also includes funds from Berlin, KfW, the EU and the European Investment Bank.

No Viability Rating Assigned: As with other German development banks, Fitch does not assign a Viability Rating to IBB as its operations are largely determined by its policy role as a development bank.

Banks
Development Banks
Germany

Ratings

Foreign Currency

Long-Term IDR	AAA
Short-Term IDR	F1+

Shareholder Support Rating	aaa
----------------------------	-----

Sovereign Risk

Long-Term Foreign-Currency IDR	AAA
Long-Term Local-Currency IDR	AAA
Country Ceiling	AAA

Outlooks

Long-Term Foreign-Currency IDR	Stable
Sovereign Long-Term Foreign-Currency IDR	Stable
Sovereign Long-Term Local-Currency IDR	Stable

Applicable Criteria

[Bank Rating Criteria \(September 2022\)](#)

Related Research

[Fitch Affirms Investitionsbank Berlin at 'AAA'; Outlook Stable \(January 2023\)](#)

[Fitch Affirms Germany at 'AAA'; Outlook Stable \(October 2022\)](#)

[German Development Banks Peer Review - 2022 \(November 2022\)](#)

Analysts

Markus Glabach
+49 69 768076 195
markus.glabach@fitchratings.com

Maria Shishkina
+44 20 3530 1379
maria.shishkina@fitchratings.com



Rating Sensitivities

Factors that Could, Individually or Collectively, Lead to Negative Rating Action/Downgrade

IBB's ratings are sensitive to a downgrade of Berlin's IDRs, and thus Germany's ratings, and to adverse changes in Fitch's assumptions about the state of Berlin's propensity to support. This could result from a weakening of the terms of the guarantee.

Factors that Could, Individually or Collectively, Lead to Positive Rating Action/Upgrade

IBB's ratings are at the highest level on Fitch's rating scale and therefore cannot be upgraded.

Other Debt and Issuer Ratings

Rating level	Rating
Senior unsecured: long term	AAA
Source: Fitch Ratings	

IBB's long-term senior unsecured debt rating is aligned with the bank's Long-Term IDR.

Company Summary and Key Qualitative Factors

Business Profile

Key Contributor to Berlin's Economic Development

IBB's business profile is in line with its role as Berlin's state development bank. Similar to its peers, IBB focuses on housing loans, of which Berlin funds a significant proportion, as well as funding for urban and economic development projects and municipal finance. IBB also finances SME investments and disburses subsidies to create and safeguard employment and increase Berlin's economic output. The bank's business is regional and therefore has no direct exposure to Russia or Ukraine. Nevertheless, its promotional activities are linked to factors that affect the dynamics of the national and regional economy. We expect demand for social housing and thus IBB's business volumes to remain stable in 2023, despite rising interest rates and high inflation.

IBB also funds special projects for Berlin on request. Like its peers, IBB co-finances European projects and deploys funds from the federal government and EU public budgets. A new business area to support the labour market in Berlin was established in June 2022. The new segment focuses, for example, on education/coaching, advice or support for the founding of companies. The expected total promotional business volume is about EUR360 million, of which EUR143 million will be provided by the European ESF+ programme. IBB also supports Berlin's sustainability policies and targets, including providing up to EUR15 billion of development loans until 2030, in line with the city's sustainable development goals. This will support IBB's business volume in the long term.

Reduced Disclosure Requirements

The German Risk Reduction Act, in force since end-2020, transposes European legislation into national law and supplements the German Banking Act. The Risk Reduction Act also includes specific provisions for state-owned development banks, notably exemptions from Pillar III disclosure requirements of the CRR. Accordingly, the bank no longer publicly reports certain financial data, including non-performing loans and loan loss allowances. However, despite being non-CRR institutions, state-owned development banks must continue to comply with the financial reporting requirements of the ECB regulation.



Banks
Development Banks
Germany

Financial Profile

Asset Quality

IBB's lending focuses on Germany, mostly on the local real estate and corporate sectors in Berlin. Its asset quality benefits from a strategic focus on low-risk housing loans, of which Berlin guarantees a material part. Fitch therefore expects IBB's asset quality to remain broadly sound, despite the deteriorating operating environment in Germany. IBB's share of pass-through development loans is smaller than peers, though. Under this principle, borrowers' commercial banks bear the credit risk, which mitigates IBB's credit risk.

The bank's high-quality liquidity portfolio mainly comprises (sub-)sovereign issuers, covered bonds and unsecured bank bonds. Since 2020, it has built up its investments in green and social bonds.

Earnings and Profitability

IBB does not aim to maximise its profit but to preserve its equity. Nevertheless, it has consistently generated sufficient recurring earnings to perform its promotional business and other statutory tasks without recourse to state subsidies, which we expect to continue in 2023. IBB relies on net interest income, primarily from its housing and urban development segment, as its main revenue source. However, a material though volatile contribution is derived as income from its treasury activities, including maturity transformation. The bank's earnings capacity is limited by its low-margin business and a cost base that is likely to increase due to digitalisation and administrative expenses.

Capital and Leverage

IBB's common equity Tier 1 ratio is solid, considering the conservative risk weights that result from the use of the standardised approach to measure its credit risk. Regular profit retention ensures sufficient buffers over regulatory requirements.

IBB prepared a capital increase in 2021 to further support its promotional business. To enable this, redemption amounts from an agreement between Berlin and IBB's legal predecessor, Wohnungsbaukreditanstalt, were passed on to IBB and can be used as own funds by the bank, following a supplementary agreement between IBB and Berlin. Consequently, IBB's total capital ratio increased to 20.9% at end-2021 on a pro-forma basis from 16.2% at end-2020.

In March 2022, German regulator BaFin applied an additional temporary SREP surcharge on IBB of 4.5%. BaFin's audit identified shortfalls in the bank's information security and also referred to methodological changes in IBB's risk management. IBB has set up a comprehensive project to remedy BaFin's findings and agreed on an implementation schedule with the supervisory authority. The bank still has a sufficient buffer over its increased capital requirements, due to the recent capital increase.

Funding and Liquidity

IBB refinances itself on the capital markets mainly through private placements and benchmark bonds. IBB has an established domestic investor base, which it seeks to broaden in Europe. In 2022, IBB planned to issue EUR2.5 billion-EUR3 billion with tenors up to 30 years. We expect the 2023 funding volume to remain on that level.

Financials

Financial Statements

	31 Dec 21		31 Dec 20	31 Dec 19	31 Dec 18
	(USDm)	(EURm)	(EURm)	(EURm)	(EURm)
Summary income statement					
Net interest and dividend income	112	98.6	89.4	108.0	98.5
Net fees and commissions	13	11.7	16.6	2.0	2.4
Other operating income	45	39.4	21.8	19.1	44.8
Total operating income	169	149.7	127.8	129.1	145.7
Operating costs	125	110.3	92.7	88.0	92.5
Pre-impairment operating profit	45	39.4	35.1	41.1	53.2
Loan and other impairment charges	23	20.5	20.4	18.4	34.2
Operating profit	21	18.9	14.7	22.7	19.0
Other non-operating items (net)	326	288.4	-2.8	-0.7	-0.5
Tax	0	0.1	0.1	0.2	0.2
Net income	347	307.2	11.8	21.8	18.3
Summary balance sheet					
Assets					
Gross loans	14,745	13,037.0	11,774.0	11,227.1	10,909.8
- Of which impaired	n.a.	n.a.	n.a.	185.2	269.7
Loan loss allowances	n.a.	n.a.	n.a.	42.1	35.7
Net loans	14,745	13,037.0	11,774.0	11,185.0	10,874.1
Interbank	1,732	1,531.5	2,062.0	2,376.0	2,000.3
Other securities and earning assets	5,464	4,830.9	4,797.8	4,012.6	4,149.7
Total earning assets	21,941	19,399.4	18,633.8	17,573.6	17,024.1
Cash and due from banks	790	698.4	223.3	224.9	363.1
Other assets	105	92.8	86.0	62.9	49.6
Total assets	22,836	20,190.6	18,943.1	17,861.4	17,436.8
Liabilities					
Customer deposits	4,049	3,580.1	4,485.5	5,232.4	5,794.9
Interbank and other short-term funding	7,050	6,233.3	5,088.5	4,398.3	4,258.2
Other long-term funding	9,834	8,695.2	7,767.4	6,698.9	5,962.7
Total funding and derivatives	20,933	18,508.6	17,341.4	16,329.6	16,015.8
Other liabilities	366	323.6	545.9	490.6	399.6
Total equity	1,536	1,358.4	1,055.8	1,041.2	1,021.4
Total liabilities and equity	22,836	20,190.6	18,943.1	17,861.4	17,436.8
Exchange rate		USD1 = EUR0.884173	USD1 = EUR0.821963	USD1 = EUR0.89015	USD1 = EUR0.873057

Source: Fitch Ratings, Fitch Solutions, Investitionsbank Berlin

Key Ratios

	31 Dec 21	31 Dec 20	31 Dec 19	31 Dec 18
Ratios (annualised as appropriate)				
Profitability				
Operating profit/risk-weighted assets	0.3	0.2	0.4	0.4
Net interest income/average earning assets	0.5	0.5	0.6	0.6
Non-interest expense/gross revenue	73.7	72.5	68.2	63.5
Net income/average equity	25.5	1.1	2.1	1.8
Asset quality				
Impaired loans ratio	n.a.	n.a.	1.7	2.5
Growth in gross loans	10.7	4.9	2.9	-0.6
Loan loss allowances/impaired loans	n.a.	n.a.	22.7	13.2
Loan impairment charges/average gross loans	0.2	0.2	0.2	0.3
Capitalisation				
Common equity Tier 1 ratio	n.a.	n.a.	16.7	18.1
Tangible common equity/tangible assets	6.7	5.6	5.8	5.9
Funding and liquidity				
Gross loans/customer deposits	364.2	262.5	214.6	188.3
Customer deposits/total non-equity funding	19.3	25.9	32.0	36.2

Source: Fitch Ratings, Fitch Solutions, Investitionsbank Berlin

Support Assessment

Shareholder Support

Shareholder IDR	AAA
Total Adjustments (notches)	0
Shareholder Support Rating	aaa

Shareholder ability to support

Shareholder Rating	AAA/Stable
Shareholder regulation	Equalised
Relative size	Equalised
Country risks	Equalised

Shareholder propensity to support

Role in group	Equalised
Reputational risk	Equalised
Integration	Equalised
Support record	Equalised
Subsidiary performance and prospects	Equalised
Legal commitments	Equalised

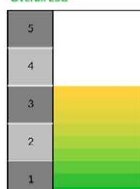
The colours indicate the weighting of each KRD in the assessment.

Higher influence Moderate influence Lower influence

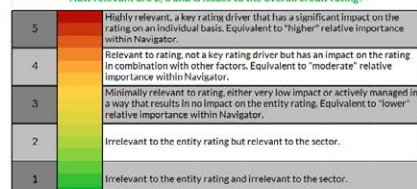
IBB's important role for Berlin's economic development and Berlin's legal commitments arising from the statutory support mechanisms that explicitly guarantee IBB's liabilities have a high influence on the bank's Shareholder Support Rating of 'aaa', driving the alignment of the bank's IDRs with those of Berlin.

Environmental, Social and Governance Considerations

Overall ESG

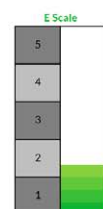


How relevant are E, S and G issues to the overall credit rating?



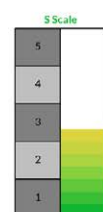
Environmental (E)

General Issues	Score	Impact	Sector-Specific Issues	Reference
GHG Emissions & Air Quality	1		n.a.	n.a.
Energy Management	1		n.a.	n.a.
Water & Wastewater Management	1		n.a.	n.a.
Waste & Hazardous Materials Management; Ecological Impacts	1		n.a.	n.a.
Exposure to Environmental Impacts	2		Impact of extreme weather events on assets and/or operations and corresponding risk appetite & management; catastrophe risk; credit concentrations	Business Profile (incl. Management & governance); Risk Profile; Asset Quality



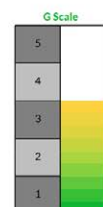
Social (S)

General Issues	Score	Impact	Sector-Specific Issues	Reference
Human Rights, Community Relations, Access & Affordability	2		Services for underbanked and underserved communities; SME and community development programs; financial literacy programs	Business Profile (incl. Management & governance); Risk Profile
Customer Welfare - Fair Messaging, Privacy & Data Security	3		Compliance risks including fair lending practices, mis-selling, repossession/foreclosure practices, consumer data protection (data security)	Operating Environment; Business Profile (incl. Management & governance); Risk Profile
Labor Relations & Practices	2		Impact of labor negotiations, including board/employee compensation and composition	Business Profile (incl. Management & governance)
Employee Wellbeing	1		n.a.	n.a.
Exposure to Social Impacts	2		Shift in social or consumer preferences as a result of an institution's social positions, or social and/or political disapproval of core banking practices	Business Profile (incl. Management & governance); Financial Profile



Governance (G)

General Issues	Score	Impact	Sector-Specific Issues	Reference
Management Strategy	3		Operational implementation of strategy	Business Profile (incl. Management & governance)
Governance Structure	3		Board independence and effectiveness; ownership concentration; protection of creditor/stakeholder rights; legal/compliance risks; business continuity; key person risk; related party transactions	Business Profile (incl. Management & governance); Earnings & Profitability; Capitalisation & Leverage
Group Structure	3		Organizational structure; appropriateness relative to business model; opacity; intra-group dynamics; ownership	Business Profile (incl. Management & governance)
Financial Transparency	3		Quality and frequency of financial reporting and auditing processes	Business Profile (incl. Management & governance)



Unless otherwise disclosed in this section, the highest level of ESG credit relevance is a score of '3'. This means ESG issues are credit neutral or have only a minimal credit impact on the entity, either due to their nature or the way in which they are being managed by the entity. For more information on Fitch's ESG Relevance Scores, visit www.fitchratings.com/esg.



Banks
Development Banks
Germany

The ratings above were solicited and assigned or maintained at the request of the rated entity/issuer or a related third party. Any exceptions follow below.

DISCLAIMER & DISCLOSURES

All Fitch Ratings (Fitch) credit ratings are subject to certain limitations and disclaimers. Please read these limitations and disclaimers by following this link: <https://www.fitchratings.com/understandingcreditratings>. In addition, the following <https://www.fitchratings.com/rating-definitions-document> details Fitch's rating definitions for each rating scale and rating categories, including definitions relating to default. Published ratings, criteria, and methodologies are available from this site at all times. Fitch's code of conduct, confidentiality, conflicts of interest, affiliate firewall, compliance, and other relevant policies and procedures are also available from the Code of Conduct section of this site. Directors and shareholders' relevant interests are available at <https://www.fitchratings.com/site/regulatory>. Fitch may have provided another permissible or ancillary service to the rated entity or its related third parties. Details of permissible or ancillary service(s) for which the lead analyst is based in an ESMA- or FCA-registered Fitch Ratings company (or branch of such a company) can be found on the entity summary page for this issuer on the Fitch Ratings website.

In issuing and maintaining its ratings and in making other reports (including forecast information), Fitch relies on factual information it receives from issuers and underwriters and from other sources Fitch believes to be credible. Fitch conducts a reasonable investigation of the factual information relied upon by it in accordance with its ratings methodology, and obtains reasonable verification of that information from independent sources, to the extent such sources are available for a given security or in a given jurisdiction. The manner of Fitch's factual investigation and the scope of the third-party verification it obtains will vary depending on the nature of the rated security and its issuer, the requirements and practices in the jurisdiction in which the rated security is offered and sold and/or the issuer is located, the availability and nature of relevant public information, access to the management of the issuer and its advisers, the availability of pre-existing third-party verifications such as audit reports, agreed-upon procedures letters, appraisals, actuarial reports, engineering reports, legal opinions and other reports provided by third parties, the availability of independent and competent third-party verification sources with respect to the particular security or in the particular jurisdiction of the issuer, and a variety of other factors. Users of Fitch's ratings and reports should understand that neither an enhanced factual investigation nor any third-party verification can ensure that all of the information Fitch relies on in connection with a rating or a report will be accurate and complete. Ultimately, the issuer and its advisers are responsible for the accuracy of the information they provide to Fitch and to the market in offering documents and other reports. In issuing its ratings and its reports, Fitch must rely on the work of experts, including independent auditors with respect to financial statements and attorneys with respect to legal and tax matters. Further, ratings and forecasts of financial and other information are inherently forward-looking and embody assumptions and predictions about future events that by their nature cannot be verified as facts. As a result, despite any verification of current facts, ratings and forecasts can be affected by future events or conditions that were not anticipated at the time a rating or forecast was issued or affirmed.

The information in this report is provided "as is" without any representation or warranty of any kind, and Fitch does not represent or warrant that the report or any of its contents will meet any of the requirements of a recipient of the report. A Fitch rating is an opinion as to the creditworthiness of a security. This opinion and reports made by Fitch are based on established criteria and methodologies that Fitch is continuously evaluating and updating. Therefore, ratings and reports are the collective work product of Fitch and no individual, or group of individuals, is solely responsible for a rating or a report. The rating does not address the risk of loss due to risks other than credit risk, unless such risk is specifically mentioned. Fitch is not engaged in the offer or sale of any security. All Fitch reports have shared authorship. Individuals identified in a Fitch report were involved in, but are not solely responsible for, the opinions stated therein. The individuals are named for contact purposes only. A report providing a Fitch rating is neither a prospectus nor a substitute for the information assembled, verified and presented to investors by the issuer and its agents in connection with the sale of the securities. Ratings may be changed or withdrawn at any time for any reason in the sole discretion of Fitch. Fitch does not provide investment advice of any sort. Ratings are not a recommendation to buy, sell, or hold any security. Ratings do not comment on the adequacy of market price, the suitability of any security for a particular investor, or the tax-exempt nature or taxability of payments made in respect to any security. Fitch receives fees from issuers, insurers, guarantors, other obligors, and underwriters for rating securities. Such fees generally vary from US\$1,000 to US\$750,000 (or the applicable currency equivalent) per issue. In certain cases, Fitch will rate all or a number of issues issued by a particular issuer, or insured or guaranteed by a particular insurer or guarantor, for a single annual fee. Such fees are expected to vary from US\$10,000 to US\$1,500,000 (or the applicable currency equivalent). The assignment, publication, or dissemination of a rating by Fitch shall not constitute a consent by Fitch to use its name as an expert in connection with any registration statement filed under the United States securities laws, the Financial Services and Markets Act of 2000 of the United Kingdom, or the securities laws of any particular jurisdiction. Due to the relative efficiency of electronic publishing and distribution, Fitch research may be available to electronic subscribers up to three days earlier than to print subscribers.

For Australia, New Zealand, Taiwan and South Korea only: Fitch Australia Pty Ltd holds an Australian financial services license (AFS license no. 337123) which authorizes it to provide credit ratings to wholesale clients only. Credit ratings information published by Fitch is not intended to be used by persons who are retail clients within the meaning of the Corporations Act 2001.

Fitch Ratings, Inc. is registered with the U.S. Securities and Exchange Commission as a Nationally Recognized Statistical Rating Organization (the "NRSRO"). While certain of the NRSRO's credit rating subsidiaries are listed on Item 3 of Form NRSRO and as such are authorized to issue credit ratings on behalf of the NRSRO (see <https://www.fitchratings.com/site/regulatory>), other credit rating subsidiaries are not listed on Form NRSRO (the "non-NRSROs") and therefore credit ratings issued by those subsidiaries are not issued on behalf of the NRSRO. However, non-NRSRO personnel may participate in determining credit ratings issued by or on behalf of the NRSRO.

Copyright © 2023 by Fitch Ratings, Inc., Fitch Ratings Ltd. and its subsidiaries. 33 Whitehall Street, NY, NY 10004. Telephone: 1-800-753-4824, (212) 908-0500. Fax: (212) 480-4435. Reproduction or retransmission in whole or in part is prohibited except by permission. All rights reserved.

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 / 2125-0
Telefax: 030 / 2125-2020

www.ibb.de

